

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 3-2011



THEMA EUROPA DREHT AB: NEUE KÄMPFE UM MIGRATION

GRENZEN DER MOBILITÄT

MIT BEITRÄGEN VON VASSILIS S. TSIANOS, CORNELIA ERNST,
ELIZA PETKOVA, SEVIM DAĞDELEN, HEINZ BIERBAUM UND ANDEREN

RÜCKBLICK NETZ FÜR ALLE

AUSBLICK DRESDEN 2012: ZIVILER UNGEHORSAM

ANALYSE LINKE UND GEWERKSCHAFTEN

INTERNATIONALES KORČULA SOMMERSCHULE



EDITORIAL	3
<hr/>	
RÜCKBLICK	
Konferenz Netz für alle	4
Veranstaltung über Alternativen in der Pflegeversicherung	5
Europa und die arabischen Revolutionen	5
Themenwoche zum Verhältnis von Kunst und Politik	6
Brüssel: Stiftung richtet politisches Sommerfest aus	7
Lesung: Daniel Blatman über die Todesmärsche 1944/45	7
Diskussion über Community Organizing	8
Gewerkschaftspolitische Arbeit der Stiftung	8
<hr/>	
AUSBLICK	
Konferenz zu zivilem Ungehorsam in Dresden	9
Gesellschaftliche Umbrüche im Großen und Kleinen	10
Projekt: Weiterbildung für Politik	10
<hr/>	
ANALYSE	
DIE LINKE und Gewerkschaften	11
Die Krisenpolitik der Bundesregierung	13
Gesellschaftskonzepte in der Krise	14
<hr/>	
THEMA «GRENZEN DER MOBILITÄT»	
Vassilis S. Tsianos über die europäische Migrationspolitik	15
«Access all areas» – Koray Yilmaz-Günay im Interview	16
Cornelia Ernst über die Abschottungspolitik der EU	17
Koray Yilmaz-Günay über die deutsche Integrationsdebatte	19
Sevim Dağdelen zur Flüchtlingsfrage und der Politik der LINKEN	22
Dario Stefano Dell’Aquila über Migrationskämpfe in Italien	22
Roma im Kosovo – Interview mit Eliza Petkova	24
Noborder: Grenzcamp in Bulgarien	24
Angela Ispording über TransmigrantInnen in Mexiko	26
<hr/>	
STUDIENWERK	
Stipendiensituation in der Rosa-Luxemburg-Stiftung	27
Interview: «Lux like Studium»	28
<hr/>	
INTERNATIONALES	
Sommerschule in Korčula	29
Stiftung debattiert über Leitbild	30
Zukunft der Staatsunternehmen in Vietnam	30
Brasilien: neue Ansätze für politische Bildung	31
<hr/>	
STIFTUNG	
Gemeinsame Erklärung der parteinahen Stiftungen	32
Porträt der Landesstiftung in Hessen	32
Interview zur Förderung externer Projekte	33
<hr/>	
LESENSWERT	
Neuerscheinungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	34

**«Ja, mach nur einen Plan
sei nur ein großes Licht!
Und mach dann noch ´nen zweiten Plan
gehn tun sie beide nicht.
Denn für dieses Leben
ist der Mensch nicht schlecht genug:
doch sein höh´res Streben
ist ein schöner Zug.»**

Bertolt Brecht, Die Dreigroschenoper,
Lied von der Unzulänglichkeit des menschlichen Strebens



Heinz Vietze

Florian Weis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

Die Schnelllebigkeit der Zeit und der Ereignisse ist ein Gemeinplatz – immer an der Grenze zur Banalität und doch gerade in diesem Jahr für viele politische Entwicklungen zutreffend. Während nach Fukushima das zweite große Thema dieses Jahres, die Erhebungen in der arabischen Welt gegen ihre autoritären Herrscher, hochaktuell bleibt, sich sowohl hoffnungsvolle demokratische Erfolge und die Mühen der Ebene, teilweise auch Rückschläge zeigen, ist ein drittes internationales Thema immer sichtbarer geworden: Eine zweite Phase der globalen Krise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismusmodells seit 2007. Die vorliegende Ausgabe der RosaLux widmet sich vor diesem Hintergrund der Euro- und Staatsschuldenkrise, die sich zu einer umfassenden Europa-Krise auszuweiten droht. (Siehe Seite 13, «Die Krise als Chance» von Stephan Kaufmann) Mit zwei Ausgaben eines neuen, knapp und pointiert gehaltenen Publikationsformats «luxemburg argumente», legt die Stiftung eine Übersicht verbreiteter Medienklischees zur Griechenland-Krise und zur Staatsverschuldung allgemein vor und antwortet auf diese («Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen». 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise» und «Ist die ganze Welt bald pleite? Staatsverschuldung: Was sie ist und wie sie funktioniert»). Mit dieser Darstellungsform haben wir offenbar «einen Nerv getroffen», wie wir an der Print- und Online-Resonanz feststellen können.

Die Analyse längerfristiger Trends der kapitalistischen Ökonomien ist seit längerem eine wichtige Aufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aktuell stellen wir etwa Thesen und Szenarien zu möglichen Krisenverläufen zur Diskussion (Siehe www.rosalux.de/publication/37891). Analysen reichen fraglos nicht, Widerstand und Alternativen sind nötig. Doch es braucht eine erfolgsversprechende Therapie, eine solide Diagnosegrundlage. Für die Stiftung, die sich einer breiten gesellschaftlichen Linken (oder Mosaiklinken) zugehörig fühlt, sind insofern die Gewerkschaftstage im Herbst – sowohl

von ver.di in Leipzig, als auch der IG Metall in Karlsruhe – auf denen wir vertreten waren, wichtige Orte. Das gleiche gilt für die neue und ermutigende Occupy-Bewegung und andere demokratische Protestformen – einem sich noch in vielem sehr unscharf artikulierenden und strukturierenden Aufbegehren gegen einen Kapitalismus, der in breiten Kreisen der Bevölkerungen so diskreditiert scheint wie seit vielen Jahrzehnten nicht mehr. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung sieht sich als Begleiterin und Unterstützerin solcher demokratischer Suchbewegungen zur Überwindung des gegenwärtigen Kapitalismus mit den ihr eigenen Mitteln der Bildung, Wissenschaft und Vernetzung. Intensiv begleitet hat die Stiftung über mehrere Jahre hinweg auch den Diskussionsprozess um das Grundsatzprogramm der LINKEN, das im Oktober in Erfurt verabschiedet wurde. Neben wichtigen Themen, deren Aufmerksamkeit aber konjunkturellen Schwankungen unterliegt, widmen wir uns verstärkt auch langfristig wichtigen Aufgaben, unabhängig davon, ob sie gerade im Mittelpunkt politischer und medialer Debatten stehen oder nicht. Fragen von Geschichts- und Erinnerungspolitik gehören dazu. So veranstalteten wir etwa eine Lesereise mit dem israelischen Historiker Daniel Blatman über das schreckliche letzte Kapitel der nazideutschen Genozide, die Todesmärsche 1944/45. (Siehe Interview mit Daniel Blatman, Seite 7) Besonders freut es uns, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit diesem Jahr ihre vielfältigen, aber verstreuten Aktivitäten zu Fragen von Migration, «Integration», Rassismus und Antirassismus durch die Schaffung einer eigenen Stelle bündeln und systematisieren kann. Migrationsthemen bilden den Schwerpunkt dieses Heftes, in den Vassilis S. Tsianos und Koray Yilmaz-Günay einführen.

**HEINZ VIETZE IST VORSTANDSVORSITZENDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG.
FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

DIE THEMEN-SEITEN «GRENZEN DER MOBILITÄT» sind bebildert mit Werken des chinesischen Künstlers Li Wei. Li Wei, Jg. 1970, beschäftigt sich in seinen Bildern auf provokante, oft humorvolle Weise mit zeitgenössischen Themen der chinesischen Gesellschaft. Für die ProtagonistInnen seiner aufwändig inszenierten Fotografien scheinen die Regeln der Schwerkraft nicht zu gelten: Sie hängen an Bürotürmen, fliegen in Autos über Dächer, stecken mit dem Kopf im Boden – oder laufen über Wasser, wie der Mann im Bild auf Seite 20. Ihre Situation ist durchaus prekär. Und doch setzen sie die physikalischen Grenzen der menschlichen Mobilität außer Kraft, erreichen die unzugänglichsten Orte und machen das Unmögliche möglich. Man könnte sagen: Sie vollbringen das Kunststück der Migration. Webseite: www.liweiart.com.



Livestreaming auf der Konferenz. Foto: Patrick Stary, RLS

LARS BRETTHAUER

KONFERENZ NETZ FÜR ALLE

VON CREATIVE COMMONS UND DIGITALEN PROLETARIERN

Am 3. September 2011 fand im Betahaus in Berlin-Kreuzberg die Konferenz «Netz für Alle» statt, die gemeinsam von der Linksfraktion im Bundestag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung ausgerichtet wurde. Bereits im Vorfeld der Tagung hatte sich die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Netzpolitik der LINKEN gegründet, um dem Thema innerhalb der Partei ein stärkeres Gewicht zu geben.

Die Eröffnungsbeiträge zur Konferenz von Constanze Kurz (Chaos Computer Club) und dem Wiener Journalisten und freien Autor Robert Misik waren geprägt von der Suche nach Alternativen zur steigenden Kommerzialisierung und staatlichen Überwachung des Netzes. Diskutiert wurden die Bedingungen für ein Grundrecht auf freien Netzzugang, die staatliche Regulierung des oligopolistischen Telekommunikationsmarktes, eine mögliche Vergesellschaftung bzw. Selbstverwaltung sozialer Netzwerke sowie der Schutz des Internets vor konservativen Kontroll- und Zensurpolitiken.

Im Panel «Digitalisierte Arbeit», einem von sechs Diskussionsforen, standen die sozialpolitischen Folgen der Computerisierung von Arbeit im Mittelpunkt. Die Sozialwissenschaftlerin Nadine Müller wies auf die mit der Digitalisierung verbundenen Kreativitäts- und Organisierungspotenziale hin, die jedoch im Rahmen neoliberaler prekärer Beschäftigungsverhältnisse kaum ausgeschöpft werden können, da sich die Arbeitsbedingungen für digitale ArbeiterInnen massiv verschlechtern. Kathrin Hartmann vom Interessenverband Freischreiber ging anschließend auf die Situation im digitalen Journalismus ein. Sie schilderte anschaulich, wie die Absenkung des Lohnniveaus über Pauschalvergütungen sowie fehlende digitale

Auswertungsmodelle dazu führen, dass freies journalistisches Arbeiten tendenziell nur noch möglich ist, wenn die digitalen ArbeiterInnen anderweitig sozial abgesichert sind.

Im Panel «Wem gehört das Netz / Inhalte» ging es um unterschiedliche Modelle zur Vergesellschaftung von Kulturgütern. John Hendrik Weitzmann von Creative Commons hob die positiven Effekte der freien und nichtkommerziellen Lizenzierung von Kulturgütern hervor, die nach Schätzungen mittlerweile zwischen 440 und 600 Millionen Werke betrifft. Jeanette Hofmann vom Wissenschaftszentrum Berlin und Max Senges von Google Germany plädierten dagegen für eine starke Verkürzung der Schutzfristen im Urheberrecht, die mit einer nachträglichen Re-Kommerzialisierungsmöglichkeit verbunden werden soll, an der die UrheberInnen finanziell beteiligt werden können. Den Abschluss der Tagung bildete eine Podiumsdiskussion mit der Bloggerin Anne Roth, Linus Neumann von Netzpolitik.org und Constanze Kurz zum Thema Wikileaks. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob die unfreiwillig veröffentlichten Daten von Wikileaks dem Whistleblowing als seriöser Form der Weitergabe brisanter Daten geschadet habe.

Die zahlreich anwesenden netzpolitischen Akteure aus dem außerparlamentarischen und parlamentarischen Spektrum diskutierten engagiert und kontrovers; so konnte die Tagung «Netz für Alle» dazu beitragen, die linke netzpolitische Debatte zu verstetigen. Unter www.netzfueralle.de finden sich die Videodokumentationen aller Diskussionsbeiträge.

LARS BRETTHAUER IST DIPLOM-POLITOLOGE, WISSENSCHAFTLICHER AUTOR, LEHRBEAUFTRAGTER UND FREIER JOURNALIST

ANDREAS THOMSEN

PFLEGE GEHT NUR SOLIDARISCH

VERANSTALTUNG ÜBER ALTERNATIVEN IN DER PFLEGEVERSICHERUNG

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hat auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 8. September 2011 in Berlin soziale und gerechte Alternativen für eine solidarische Weiterentwicklung der Pflegeversicherung vorgestellt und diskutiert.

An der Diskussion beteiligten sich Professor Thomas Gerlinger, von der Universität Bielefeld, Professor Gerhard Bäcker von der Universität Duisburg-Essen, der ver.di-Gewerkschafter Herbert Weisbrod-Frey, die Bundestagsabgeordneten Martina Bunge und Kathrin Senger-Schäfer sowie der Staatssekretär für Soziales aus Berlin, Rainer-Maria Fritsch. Moderiert wurde die Veranstaltung von Wenke Christoph, Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein Grußwort sprach Michael Brie, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse.

Derzeit decken die Leistungen der Pflegeversicherung nicht den individuellen Pflegebedarf ab. Als «Teilkaskoversicherung» konzipiert, ist die 1995 eingeführte Pflegeversicherung der Vorbote eines neo-liberalen Sozialstaatsmodells. Das führt zu Ungerechtigkeiten in der Versorgung und in der Finanzierung der Pflege sowie zu schlechten Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte. Lebhaft diskutiert wurde auf der Veranstaltung im Tagungszentrum am Franz-Mehring-Platz

die Frage, ob eine Vollfinanzierung der Pflegeversicherung erstrebenswert und machbar ist. Die konkrete Analyse zeigt, dass es sich bei der Kapitaldeckung um einen interessengeleiteten Vorschlag handelt, der nicht zur Lösung der Probleme beiträgt, sondern – wie die Finanzkrise offenbart hat – unkalkulierbare Risiken in sich birgt. Als Antwort auf die entscheidende Frage, wie und durch wen die Pflegeversicherung finanziert wird, stellte die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag ihr Konzept einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung vor: Wenn alle Menschen in die Finanzierung einbezogen und alle Einkommen bei der Beitragserhebung berücksichtigt würden, ergäbe sich Spielraum für notwendige Leistungsverbesserungen. Obwohl die Anwesenden die Forderung nach einer solidarischen Finanzierung der Pflege einhellig unterstützten, war man sich zugleich bewusst, dass politische Mehrheiten dafür erst noch geschaffen werden müssen. Es bedürfe eines breiten Konsenses der fortschrittlichen sozialen Kräfte zur Einführung der Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Dabei seien vor allem Sozialverbände, Gewerkschaften, Betroffene und die Politik gefordert, an einem Strang zu ziehen.

ANDREAS THOMSEN IST REFERENT IM BÜRO DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

JULIA KILLET

EUROPAS ÄNGSTE

DIE POLITIK DER EU GEGENÜBER DEN ARABISCHEN REVOLUTIONEN

Die Ereignisse des arabischen Frühlings strahlen in die ganze Welt aus. Jahrzehntelang hieß es, die arabische Welt sei «demokratieunfähig». Diese Annahme löst sich seit Dezember 2010 in Luft auf.

Zuerst in Tunesien, dann in Ägypten, schließlich in Jemen, Jordanien, Bahrain, Libyen und Syrien protestierten die Menschen. Die Europäische Union wird durch diese unerwartete Revolution mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Sie verliert einerseits langjährige Handelspartner, andererseits nutzen immer mehr Menschen die Gunst der Stunde, um nach Europa zu gelangen. Um einen ersten Überblick zu geben, lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brüssel in Kooperation mit der Landesstiftung Bayern zu einem Seminar «Vergebene Chance oder Aufbruch in eine goldene Zukunft? Europa, Nordafrika und der Arabische Frühling» nach Innsbruck ein. Das Seminar war als Pilotprojekt im Rahmen der «Bildungsbau- steine für Europa» konzipiert, die derzeit von der Stiftung in Brüssel erarbeitet werden.

Einen Einblick in die sozialen Facetten und in die Gründe für die hohe Beteiligung Jugendlicher an den nordafrikanischen Revolutionen gab der Jurist und Publizist Bernard Schmid. Mit Blick auf Tunesien erklärte er: «Je größer der Bildungssektor, desto höher die Arbeitslosigkeit.» Bildung habe in vielen arabischen Ländern einen hohen Stellenwert. Das Paradoxe sei, dass es keine Jobs für Akade-

mikerInnen gebe. Schmid wies auch auf die Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Tunesien, Marokko und Ägypten hin, die in den 1990er Jahren geschlossen worden waren. Der Abbau von Zollschränken habe dazu geführt, «dass ganze Wirtschaftsbranchen und Produktionszweige in diesen Ländern durch die produktivere EU-Industrie» verdrängt würden.

Europa betrachtet die Proteste in Nordafrika aber nicht nur aus ökonomischen Gründen mit Sorge. Auch das Bedrohungsszenario einer «Überflutung» Europas durch Flüchtlinge hat Konjunktur. Miriam Edding von der Stiftung :do, berichtet: «Auf den Versuch der Revolutionsbewegungen in Nordafrika, ihre Gesellschaften zu demokratisieren, reagiert die Europäische Union mit einer Verschärfung des undemokratischen Grenzregimes.» Das Verhalten der EU im Libyen-Krieg analysierte Erhard Crome, Spezialist für Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bei der Entscheidung für oder gegen die Beteiligung an der Nato-Intervention seien keinesfalls humanitäre, sondern ökonomische und strategische Gründe ausschlaggebend gewesen. Die USA und die EU «suchen zumindest auf der politisch-diplomatischen und symbolischen sowie militärischen Ebene den Schulterchluss, wenn es um die Konkurrenz mit China, Russland und anderen Staaten geht.»

JULIA KILLET LEITET DAS REGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MÜNCHEN



Den Zugang zum Tag gab das «Muschiballett» mit seinem diskursanalytischen Zirkeltraining. Foto: Susanne Friedel

VERENA LIEBEL

ARS PUBLICA

ZWEI THEMENWOCHEN ZUM VERHÄLTNISS VON KUNST UND POLITIK

Projekte, die sich an der Schnittstelle zwischen Kunst, Kultur und Politischer Bildung bewegen, haben es schwer. Allzu häufig werden die Felder als getrennte Bereiche betrachtet und insbesondere von Bürokratie und Förderpraxis meist stiefmütterlich behandelt.

Dabei sind gerade solche Projekte oft ausgesprochen innovativ. Sie sprechen neue Zielgruppen an und öffnen den Blick für kreative Methoden zur politischen Bildung. Doch wie brechen Kunst und Kultur eigentlich bestehende Denkmuster auf? Was genau wird gelernt, und wie kann politische Bildung mittels Kunst und Kultur aussehen? Um sich diesen Fragen zu nähern, bestehende Praktiken zu diskutieren und Neues kennenzulernen, organisierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung – bereichsübergreifend und in Kooperation mit freien politischen und kulturellen Initiativen und Einzelpersonen – das Projekt «Weitwinkel – Kunst.Kultur.Politik», das vom 19. bis 25. September 2011 in Berlin stattfand.

In dieser Woche wurden das Stiftungsgebäude sowie mehrere Stationen im Berliner Bezirk Friedrichshain zu Orten des interdisziplinären Geschehens. Ausstellungen, Hörspiele, Vorträge, Theateraufführungen, ein antirassistischer Kiezrundgang zwischen dem Ostkreuz und dem Ostbahnhof bildeten den Rahmen der Themenwoche, deren Höhepunkt ein stiftungsinterner (Weiter-)Bildungstag am 22. September war. Die Workshops diskutierten den Zusammenhang von Kunst und Politik in autoritären Staaten, stellten künstlerische Strategien der Gegenöffentlichkeit vor oder fragten danach, wie der Erfolg von Kulturprojekten gemessen werden kann. Die TeilnehmerInnen, die diese Möglichkeiten zur Weiterbildung wahrnahmen, waren begeistert.

Im Vorfeld der Themenwoche fand im Raum Leipzig die internationale Vernetzungs-, Werkstatt- und Ausstellungswoche kreativer und politischer AktivistInnen, «platforma11» statt. «Platforma11» knüpft an zwei seit mehreren Jahren erfolgreich laufende und preisgekrönte Jugendbildungsprojekte der Rosa-Luxemburg-Stiftung an: den «Dialog der Kulturen» und das «Vostok-Forum» im nordwestrussischen Murmansk. Kunst und künstlerische Vermittlungsformate versteht die Veranstaltung als politische Handlungsfelder, in denen eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen und aktuellen Ereignissen stattfinden kann.

Die TeilnehmerInnen, die aus Russland, Israel und verschiedenen europäischen und nordafrikanischen Ländern angereist waren, entwickelten ihre Workshopideen und Projekte im «Do-it-yourself-Verfahren» (DIY) selbst. Ausgewählte Werke und Projekte wurden anschließend in der Ausstellung «wir arbeiten dran» im Gebäude der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin präsentiert, außerdem waren einige platforma11-Teilnehmenden zu Gast beim Weiterbildungstag am 22. September.

So war es möglich, einige Beispiele dafür, wie gesellschaftliche und politische Themen künstlerisch bearbeitet werden können, unter die Lupe zu nehmen und gemeinsam zu diskutieren. Der Tag bot zahlreiche Inspirationen für neue Projekte und Kooperationen; noch bis in den späten Abend hinein wurde im Innenhof der Rosa-Luxemburg-Stiftung angeregt diskutiert.

VERENA LIEBEL IST PROJEKTKOORDINATORIN IM REGIONALREFERAT NAHER UND MITTLERER OSTEN; NORDAFRIKA UND TÜRKEI DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

BIRGIT DAIBER

POLITISCHES SOMMERFEST

ERSTMALS BETRITT ROSA LUXEMBURG DIE BRÜSSELER BÜHNE

Seit sechs Jahren organisieren die deutschen politischen Stiftungen eine gemeinsame Veranstaltung vor der politischen Sommerpause in Brüssel: das Sommerfest. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt sich seit der Eröffnung ihres Brüsseler Büros im Jahr 2008.

Jeweils eine der Stiftungen übernimmt die Organisation der Veranstaltung und bestimmt den oder die HauptrednerIn. 2011 nun war die Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Reihe. Für einige VertreterInnen anderer Stiftungen war das nur schwer zu akzeptieren. Es bedurfte erheblicher diplomatischer Anstrengungen und einer Intervention der Vorstände einzelner anderer Stiftungen, um die KollegInnen zu überzeugen, dass auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung als gleichberechtigte Partnerin akzeptiert werden sollte.

Entgegen der üblichen Brüsseler Praxis soll das Sommerfest Begegnungen und Gespräche über die politischen Gräben hinweg ermöglichen und so zu einer politischen Kultur des Austauschs beitragen. ParlamentarierInnen, EU-KommissionärInnen, FunktionärInnen des

Ministerrats und der zugeordneten Agenturen, Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen sowie BotschafterInnen, JournalistInnen und LobbyistInnen treffen sich meist nur in begrenzten und durch starke Interessen strukturierten Gremien.

Die Veranstaltung am 21. Juni war ein echter Erfolg für die Stiftung. Mehr als eintausend Gäste konnten sich mit unserer Arbeit vertraut machen. Heinz Vietze, Peeter Raane und Wilfried Telkämper vertraten den Vorstand der Stiftung und die Leitung des Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID). Friedhelm Hengsbach, Jesuit und Vertreter der katholischen Soziallehre, hielt eine bemerkenswerte Rede, in der er die Finanzkrise als Teil einer Systemkrise des Kapitalismus interpretierte. Im Mittelpunkt seiner fesselnden Ansprache stand der Widerspruch zwischen dem Wert des Marktes und den Werten der Solidarität und Gerechtigkeit. Das Manuskript ist als Standpunkte-Papier auf der Webseite der Stiftung veröffentlicht.

BIRGIT DAIBER LEITET DAS AUSLANDSBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN BRÜSSEL

DIE MORDGEMEINSCHAFT

DANIEL BLATMAN ÜBER DIE TODESMÄRSCHEN 1944/45

Daniel Blatman, geboren 1953, ist Direktor des Avraham Harman Institute of Contemporary Jewry der Hebrew University of Jerusalem. Für sein Buch über die Todesmärsche hat er zehn Jahre geforscht.

Sie betrachten die Todesmärsche 1944/45 als letzten Abschnitt der von den Nazis verübten Völkermorde. Was ist das Besondere dieses Abschnitts?

Blatman: Der durch Deportationen und Todesmärsche verursachte Massenmord führte Mörder und Opfer über einen langen Zeitraum zusammen. Anders als in dem kurzen Intervall zwischen Gefangennahme oder Transport und Ermordung war dieses Zusammentreffen nicht blitzartig vorüber. Die Märsche waren ein Prozess schrittweiser, sich über Wochen und Monate hinziehender Vernichtung, bei dem Mörder und Opfer sich im Gleichschritt fortbewegten. Zudem fand diese Form des Genozids im offenen Raum der Gesellschaft und der normalen Bürger statt.

Welchen Umfang hatte dieser Teil des Völkermords?

Blatman: Nach den Aufzeichnungen der Nazis gab es im Januar 1945 ungefähr 714.000 Gefangene in Konzentrationslagern. Vier Monate später waren mindestens 250.000 nicht mehr am Leben. Mehr als 35 Prozent der Lagerinsassen starben also während der Todesmärsche.

Wer waren die Opfergruppen, wer die Täter?

Blatman: Die Todesmärsche schufen eine Gemeinschaft von Mördern, deren Zusammensetzung und Motive heterogener als zuvor waren. Dazu gehörten die letzten Verbliebenen der historischen Gruppe der Täter, hauptsächlich SS-Männer sowie jene, die in den Konzentrationslagern gedient und die Marschkolonnen für die Eva-

kuierung organisiert hatten, aber auch Gruppen, die bis dahin eher am Rand am Genozid beteiligt waren: frühere Kapos, hauptsächlich Deutsche, aber auch Polen und Volksdeutsche aus Osteuropa, ältere Männer vom Volkssturm und Jugendliche aus der Hitlerjugend, auch Parteifunktionäre, örtliche Polizisten und Feuerwehrleute. Manchmal gesellten sich Soldaten dazu, deren Einheiten sich beim Rückzug aufgelöst hatten.

Die Opfer umfassten alle Gruppen der Lagerinsassen. Sie kamen aus allen europäischen Nationen. Unter ihnen waren viele Juden, aber auch nicht-jüdische KZ-Häftlinge.

Weshalb standen die Todesmärsche so lange im Schatten der besser erforschten nationalsozialistischen Massenmorde?

Blatman: Von Historikern sind sie lange als Epilog der Geschichte der Lager behandelt worden, was aus chronologischer Sicht auch stimmt. In den Geheimdienstberichten der Alliierten dominierte seit Anfang 1945 die chaotische Realität, die in Deutschland herrschte. Viele Monografien führen dieses Chaos als wesentlichen Faktor zur Beschreibung der letzten Monate des Dritten Reichs an. Die Todesmärsche galten als charakteristische Ereignisse dieser Periode. Das könnte erklären, weshalb sie der Gesamterzählung des apokalyptischen Untergangs des Dritten Reichs untergeordnet wurden.

DIE FRAGEN STELLTE AXEL KRUMREY



Daniel Blatman

CHRISTINA KAINDL

MIT, NICHT FÜR DIE MENSCHEN

KONFERENZ IN BERLIN DISKUTIERT BEISPIELE VON COMMUNITY ORGANIZING

Wie kann eine linke Politik entwickelt werden, die die Menschen gegen die Angriffe der Krisen- und Kürzungspolitik verteidigt und gleichzeitig Perspektiven auf grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen aufmacht? Und das auch noch mit den Menschen, von ihnen ausgehend, nicht nur in ihrem Namen?

Auf der internationalen Tagung «Revolutionäre Realpolitik in Zeiten von Kürzungspolitik und Krise», die vom 22. bis 24. September 2011 im IG-Metall-Haus in Berlin stattfand, wurden praktische Beispiele und konzeptionelle Überlegungen vorgestellt. Internationale ReferentInnen diskutierten Erfahrungen und strategische Konzepte: Im sonst eher pragmatisch, auf «kleine Erfolge» ausgerichteten Feld des «Community Organizings» hat sich eine Strömung linker Politik etabliert, die sich als «transformativ» versteht: Sie greift Rassismus, Imperialismus und Kapitalismus an und arbeitet an Alternativen (Siehe Standpunkte-Papier der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nr. 29: «Transformatives Organizing» von Eric Mann). Diese Strömung setzt auf die Organisierung derjenigen, die von Krise und Neoliberalismus am stärksten getroffen sind: Arme, Arbeitslose, Prekäre, Betroffene von Workfare-Regimen, Rassismus und Diskriminierung, Obdachlose, Beschäftigte im Niedriglohnbereich. Die Projekte bauen eine verlässliche «Basis» auf, sie qualifizieren sich und andere zu «leadership»:

Öffentliche Auftritte, Kampagnen planen, Kundgebungen durchführen, Anträge schreiben – die Fähigkeiten, sich selbst Gehör zu verschaffen und zu repräsentieren, werden demokratisiert und verallgemeinert. Gleichzeitig geht es um eine neue und starke Vernetzung dieser Akteure, Projekte und Bündnisse und darüber hinaus mit traditionellen Organisationen der sozialen Bewegungen: Gewerkschaften, NGOs und andere. Eine «Neue Linke» soll aufgebaut werden, die in Alltagskämpfen verwurzelt ist, aber auf Bundes- und globaler Ebene handlungsfähig wird. Erfolge zeigten sich bereits im US-Sozialforum 2010 in Detroit, das keiner vergleichbaren Erschöpfung ausgesetzt ist, wie etwa das europäische Sozialforum. Nik Theodore (Universität Chicago) berichtete von Organisierung der illegalisierten TagelöhnerInnen, Sendolo Diaminah von «Peoples' Durham» in North Carolina. Die Initiative macht das Schul- und Bildungssystem zum Ausgangspunkt für Mobilisierungen gegen die Kürzungspolitik der Regierung. Mit diskutiert haben ReferentInnen aus Deutschland, etwa vom Bündnis «Wir zahlen nicht für eure Krise», von ver.di, von stadtpolitischen Initiativen und von der Partei DIE LINKE.

CHRISTINA KAINDL IST LEITENDE REDAKTEURIN DER «ZEITSCHRIFT LUXEMBURG. GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS» BEI DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MARK HAGEN

POLEN, CHINA, COSTA RICA

DIE STIFTUNG SCHÄRFT IHR GEWERKSCHAFTSPOLITISCHES PROFIL

Jetzt wird's übersichtlich: Anlässlich der Jahrestagung der AuslandsmitarbeiterInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde eine Übersicht der gewerkschafts- und arbeitsweltlichen Projekte der Stiftung erstellt. Sie vermittelt ein Bild beeindruckender Vielfalt.

Die umfangreiche Übersicht sollte zur Diskussion über die Ausrichtung von Kooperationen und Projekten mit GewerkschafterInnen aus dem Umfeld der Stiftung dienen, die zu der Tagung eingeladen waren. Sie umfasst gut 50 ProjektpartnerInnen, die mit den 15 Auslandsbüros der Stiftung zusammenarbeiten und die knapp ein Viertel der gesamten Partnerstruktur des Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZiD) ausmachen. Zusammen schaffen sie ein Bild beeindruckender Vielfalt, welches sich sowohl im Themenreichtum als auch in der Art der Partnerorganisationen ausdrückt. Die Büros der Stiftung begleiten Ansätze für innovative Gender- und Umweltpolitik in den traditionell konservativ geprägten Bergbau-Gewerkschaften in Polen sowie Rechtsberatungen für ArbeitsmigrantInnen in China. Sie ermöglichen den Zugang zu weiterführender Bildung für ArbeiterInnen im südlichen Afrika und unterstützen den Kampf von TransportarbeiterInnen gegen die Privatisierung von Hafenanlagen in Costa Rica. Gemeinsam mit Forschungseinrichtungen werden Beiträge und Interventionen zu neuen Arbeitsgesetzgebungen formuliert und sozial- und wirt-

schaftspolitische Kennzahlen für Tarifarbeit erhoben und publiziert. Die Partnerorganisationen in diesen Projekten sind neben Branchengewerkschaften und ihren Dachverbänden auch eine Vielzahl von Arbeiter-Hilfsvereinen, Nichtregierungsorganisationen, Rechtsanwaltsinitiativen, Basis- und Betriebsgruppen, Medienagenturen, Forschungseinrichtungen, Universitäten und Think-Tanks. Hier wird deutlich, welchen Stellenwert sozialpolitische und wirtschaftliche Themen aus der Arbeitswelt nicht nur für die PartnerInnen einnehmen, sondern auch, welche Bedeutung die Stiftung diesen bei der Unterstützung und Entwicklung einer alternativen Politik und solidarischem Handeln beimisst.

Eine neue Stelle Gewerkschaft/Arbeit/Produktion im Institut für Gesellschaftsanalyse der Stiftung, neue Arbeitskapazitäten für Querschnittsarbeit im ZiD für das Themengebiet internationale Gewerkschaftspolitik, die Gründung des Gesprächskreises Gewerkschaften, neue gewerkschaftliche Projekten im Ausland und zunehmende Vernetzung dieser Arbeit im In- und Ausland – die Stiftung ist dabei, ein bedeutend stärkeres Profil im Bereich Arbeit und Arbeiterorganisationen zu entwickeln. Elektronische Exemplare der Übersicht können unter hagen@rosalux.de angefordert werden.

MARK HAGEN IST PROJEKTKOORDINATOR FÜR INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSPOLITIK IM ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



«Dresden Nazifrei» Blockade 2011. Foto: realname, Flickr (Creative Commons BY-NC)

HENNING OBENS

NEUES AUS ELB-PALERMO

INTERNATIONALE KONFERENZ ZU ZIVILEM UNGEHORSAM IN DRESDEN GEPLANT

Es war Europas größter Naziaufmarsch, der sich Jahr für Jahr im Februar durch die sächsische Landeshauptstadt schlängelte. In diesem und im letzten Jahr konnte er durch Massenblockaden verhindert werden. Über 20.000 Menschen gingen gegen die Nazis auf die Straße. Doch längst ist die «Sächsische Demokratie» auch Kristallisationspunkt für die Auseinandersetzung um die Legitimität von Zivilem Ungehorsam (ZU).

«Wer in Palermo gegen die Mafia ermitteln will, muss einen breiten Ermittlungsansatz wählen», sagte der Dresdner Staatsanwalt Lorenz Haase in einem Interview. Der sich als Giovanni Falcone gerierende Beamte hat für das Aushebeln üblicher Verfahrensnormen offensichtlich die nötige politische Rückendeckung: Funkzellenabfrage bei über 40.000 Menschen, Einsatz von Drohnen, Wasserwerfereinsatz bei Minusgraden, Ermittlung nach § 129, die Justizposse um den Jugendpfarrer König in Jena, die politisch motivierte Aufhebung der Immunität von Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei in Thüringen und Sachsen und eine martialische Razzia in Räumen der LINKEN; deren Rechtswidrigkeit jüngst festgestellt wurde. Die «sächsische Methode» könnte zum Präzedenzfall für einen repressiven Umgang mit Zivilem Ungehorsam werden.

Eine Arbeitsgruppe der Rosa-Luxemburg-Stiftung plant vom 27. bis 29. Januar 2012 eine Konferenz zu Zivilem Ungehorsam. Veranstaltungsort ist die TU Dresden. Als Trägerkreis ist Attac, Ver.di, die Bewegungsförderung, das Bündnis Dresden nazifrei, die Interventionistische Linke und Medico International anvisiert. Dazu soll es einen Unterstützerkreis geben, der insbesondere Bürgerrechtsvereinigungen und politischen Organisationen umfasst. Die Diskussion soll in drei Panels geführt werden.

Zum ersten Panel «Internationale Dimensionen von Zivilem Ungehorsam» wird am Jahrestag der Besetzung des Tahrir-Platzes ein Aktivist aus Ägypten eingeladen. Zudem sind VertreterInnen der Bewegungen Occupy Wallstreet und der Parlamentsbesetzung von Wisconsin (Eric Olin Wright), Ungehorsam-AktivistInnen und Aktive aus Südafrika (Ashraf Cassiem), Polen, Italien und Griechenland angefragt. Im zweiten Panel «Geschichte und Theorie des ZU» sollen verschiedene theoretische Konzepte des Begriffs Ziviler Ungehorsam diskutiert werden. Zudem sollen Einblicke in die Geschichte und juristische Bewertungen von Widerstandsaktionen gegeben werden. Als ReferentInnen sind Sonja Buckel, Alex Demirovic, Thomas Seibert angefragt. Das dritte Panel «Bürgerrechte und Repression» soll sich mit der aktuellen Kriminalisierung von Ungehorsamsaktionen in Stuttgart, Dresden und dem Wendland beschäftigen. Als ReferentInnen sind u.a. Bodo Ramelow, VertreterInnen der Grünen, SPD und von Ver.di, der Humanistischen Union und des Republikanischen Anwaltsvereins angedacht. Dazu soll ein unabhängiger Untersuchungsbericht zu den staatlichen Repressionsmaßnahmen vorgestellt werden, den das Komitee für Grundrechte und Demokratie aktuell erstellt. Zwei Wochen vor dem erneuten Versuch der Nazis, durch Dresden zu marschieren, wird die Konferenz einige Aufmerksamkeit finden. Sie kann so einen Beitrag zu der Auseinandersetzung um die Legitimität von Zivilem Ungehorsam leisten und gleichzeitig AktivistInnen, GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen ins Gespräch bringen.

HENNING OBENS IST MITARBEITER IM VERANSTALTUNGS-MANAGEMENT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND DARÜBER HINAUS IN VERSCHIEDENEN GESELLSCHAFTSKRITISCHEN INITIATIVEN AKTIV

LUTZ BRANGSCH

WANDEL IM TRIPPELSCHRITT

TRANSFORMATIONSKONFERENZ: FRAGEN AN KÜNFTIGE FORSCHUNGSPROJEKTE

Allmählich beginnt sich der Begriff Transformation als Instrument der Gesellschaftsanalyse und der Strategiebildung auch im linken Spektrum zu etablieren. Wie immer in solchen Fällen ist es das lebendige Leben, das es erfordert, über die Begriffe Reform und Revolution hinauszugehen.

Die Entwicklungen in Nordafrika, die Protestbewegungen in Spanien, auch die derzeitigen Krisen erfordern es, nicht nur die großen Umbrüche zu verstehen, sondern auch die Art und Weise, wie sich im Kleinen Veränderungen vollziehen. Die Analyse dieses Zusammenspiels großer und kleiner Veränderungen in der Gesellschaft war Gegenstand der vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstalteten 1. Internationalen Transformationskonferenz. Das Ziel war es, Ansätze zur Transformationsforschung zu bestimmen und diese auf ihre praktische Relevanz hin zu überprüfen. Die Beiträge reichten von Transformationskonzepten über Betrachtungen zu sozial-kulturellen und historischen Dimensionen von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen bis hin zu Analysen konkreter Umbrüche in Regionen und Kommunen. Es wurde diskutiert, wie durch Veränderungen im täglichen praktischen Handeln von Menschen Bedingungen entstehen, die qualitative Veränderungen bewirken und über den Kapitalismus hinaus-

weisen. Dahinter steht die Frage, welche Möglichkeiten in einem solchen politischen Handeln liegen – in Widerstandsaktionen, in der Kommunalpolitik, in parlamentarischer Opposition oder Regierungsbeteiligung. Bisher gelingt es viel zu selten, die vielfältigen, scheinbar kleinen Projekte und Aktivitäten, die unmittelbar aus der Erfahrung und der Selbstorganisation von Menschen hervorgehen, mit scheinbar großen Veränderungen zusammenzubringen. In Wissenschaft und linker Politik dominiert oft eine einseitige Betrachtungsweise. In der Politik äußert sich dies etwa in der falschen und von beiden Seiten kultivierten Entgegensetzung von Parlamentarischem und Außerparlamentarischem. Stattdessen ginge es darum zu verstehen, welche Möglichkeiten, die in den Kämpfen geboren werden, unter welchen Bedingungen Realität werden – und unter welchen Bedingungen sie scheitern.

Als Veranstaltung im Rahmen des zentralen Projektes «Lasst uns über Alternativen reden ...» wurde so eine Reihe interessanter theoretischer und praktischer Fragen aufgeworfen, die nun das Forschungs- und Arbeitsprogramm der Stiftung für die nächsten Monate bestimmen werden.

LUTZ BRANGSCH IST REFERENT FÜR DEMOKRATIE UND STAAT IM INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DIETER SCHLÖNVOIGT

WEITERBILDUNG FÜR POLITIK

DAS (DACH-)PROJEKT IN DER STARTPHASE

Im August dieses Jahres trafen sich in Blossin zahlreiche MitarbeiterInnen der Stiftung sowie KollegInnen aus dem Umfeld zur Klausurtagung. Ziel war es, Grundlagen für Kursangebote des künftigen Schwerpunkts «Weiterbildung für Politik» zu entwickeln. Herausgekommen sind 13 Projektideen, die der Stiftung helfen werden, ihr Profil im Bereich Weiterbildung zu schärfen. Im Teilprojekt «Ökonomische Alphabetisierung» wurden die im Rahmen der Attac-Akademie und der Kapital-Lesekurse entwickelten Materialien mit Blick auf das Weiterbildungsangebot der Stiftung gesichtet und geordnet. Sie werden demnächst als Arbeitshilfe veröffentlicht. Als weitere Projektschwerpunkte des Jahres 2011 sind vorgesehen:

- konzeptionelle Unterstützung für einen Kurs «Basiswissen Gesellschaftskritik» in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg, die Qualifizierung der TeamerInnen, die inhaltliche Begleitung der Kursprozesse und das Mitwirken bei der Erstellung von Lehr- und Lernmaterialien;
- die Vorbereitung eines Wochenmoduls «Grundlagen der Gesellschaftskritik», das erstmals im Jahr 2012 im laufenden Ausbildungsgang Politik-Kommunikation-Management der Stiftung angeboten wird;
- die Verankerung der Projektidee in den Ländern und in den Landesstiftungen, finanzielle und konzeptionelle Unterstützung bei der

Einrichtung entsprechender Einstiegskurse und bei der Identifizierung qualifizierter TeamerInnen.

Das Ziel besteht darin, die Idee des Projekts «Weiterbildung für Politik» in möglichst alle Bundesländer zu tragen. Inhaltlicher Schwerpunkt der Kurse «Basiswissen der Gesellschaftskritik» und «Grundlagen der Gesellschaftskritik» wird zunächst die «ökonomische Alphabetisierung» sein. Dem Anspruch der letzten Mitgliederversammlung folgend, haben wir angefangen, das Weiterbildungsangebot inhaltlich auszuweiten und neue Zielgruppen anzusprechen, zum Teil in enger Kooperation mit den Landesstiftungen. Zu den verabredeten Projekten zählen: Basiswissen für NichtakademikerInnen (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg), Politik-Kommunikation-Management im politischen Ehrenamt (Brandenburg) und Nachwuchs für Politik – Politik-Kommunikation-Management (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Thüringen). Der bundesweite Ausbildungsgang Politik-Kommunikation-Management richtet sich an Menschen, die sich in oder für Führungspositionen qualifizieren wollen. Unsere konzeptionelle und strukturelle Aufstellung ist geschafft. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung der Ideen in die Praxis der politischen Weiterbildung.

DIETER SCHLÖNVOIGT IST REFERENT FÜR POLITISCHE WEITERBILDUNG IN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Berlin-Kreuzberg. Foto: Dario Azzellini

HEINZ BIERBAUM

AUTONOMIE UND SOLIDARITÄT

DIE LINKE UND GEWERKSCHAFTEN: WAS DIE BEZIEHUNG PRÄGEN SOLLTE

Im September dieses Jahres war der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Gast bei der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der Partei der LINKEN. Dabei waren zwei Aussagen bemerkenswert.

Im Hinblick auf das Verhältnis von Gewerkschaften und der LINKEN betonte Sommer zum einen, dass die parteipolitische Unabhängigkeit der deutschen Gewerkschaften durch die Existenz der Partei DIE LINKE besonders befördert worden sei. Zum anderen stellte er als sein gewerkschaftliches Kernprojekt die Errichtung einer «neuen Arbeitsordnung» heraus. Damit sind Grundfragen des Verhältnisses von Gewerkschaften und Parteien angesprochen: die Beziehung zwischen den Organisationen und die inhaltliche Ausrichtung. Der DGB und die unter seinem Dach versammelten Einzelgewerkschaften verstehen sich als Einheitsgewerkschaft, die von Parteien unabhängig sind. Dies schließt politisches Engagement keineswegs aus, zumal die Gewerkschaften – allerdings in unterschiedlicher Intensität – für sich ein politisches Mandat beanspruchen, das aus der Wahrnehmung der Interessen der abhängig Beschäftigten erwächst. Daraus ergibt sich auch eine Nähe zu den Parteien, die sich in ihrer Politik auf die Arbeit und die Kultur der Arbeit beziehen. Da die Partei DIE LINKE sich auch als eine Partei der Arbeit versteht, sind die Gewerkschaften für sie ein ganz wesentlicher Bezugspunkt.

Dabei muss das Verhältnis durch die Anerkennung gegenseitiger Autonomie geprägt sein. Dies war in der Geschichte der Arbeiterbe-

wegung nicht immer so, wurden doch Gewerkschaften auch als «Transmissionsriemen» für die politischen Ziele der jeweiligen Parteien betrachtet. Die Loslösung der Gewerkschaften aus der politischen und weltanschaulichen Abhängigkeit und ihre Neukonstituierung als Einheitsgewerkschaft ist gerade in der Bundesrepublik Deutschland eine Lehre aus der Geschichte. Dies muss gerade auch die Partei DIE LINKE anerkennen. Umgekehrt tun sich die Gewerkschaften oft schwer in ihrem Verhältnis zur LINKEN. Es gibt immer noch ein privilegiertes Verhältnis zur SPD, auch wenn sich dieses Verhältnis in den letzten Jahren infolge der Politik der SPD stark abgekühlt hat. Es ist ja kein Zufall, dass ein wesentlicher Anstoß zur Entstehung der Partei DIE LINKE aus den Gewerkschaften heraus gekommen ist. Trotz des Verständnisses als Einheitsgewerkschaft und propagierter parteipolitischer Unabhängigkeit war und ist das Verhältnis des DGB und seiner Gewerkschaften zur SPD überaus eng und man hat Mühe, parteipolitische Entwicklungen adäquat aufzugreifen. Dies galt für die Grünen und gilt heute für DIE LINKE, die man trotz großer programmatischer Nähe zumindest in Teilen auszugrenzen versucht. Immerhin erkennen die Gewerkschaften weitestgehend an – so etwa Berthold Huber, der Vorsitzende der IG Metall, oder eben Michael Sommer – dass DIE LINKE ein selbstverständlicher Bestandteil unseres Parteiensystems ist und dementsprechend behandelt werden muss.

Die «neue Arbeitsordnung», von der Sommer sprach, ist auch ein zentrales politisches Anliegen der LINKEN. Denn damit ist ein Ge-

genentwurf zur herrschenden kapitalistischen Ordnung gefordert. Die gegenwärtige Arbeitsordnung zeichnet sich durch eine intensivierte Ausbeutung der Arbeit aus. Ausdruck davon ist die erschreckende Zunahme von Burnout-Erkrankungen, wie aus einer kürzlich durchgeführten Umfrage der IG Metall hervorgeht. Sie ist gekennzeichnet durch eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, wodurch auch das «Normalarbeitsverhältnis» in Mitleidenschaft gezogen wird. Der Niedriglohnsektor ist in den letzten Jahren enorm gewachsen, Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Dagegen setzen die Gewerkschaften das Konzept der «Guten Arbeit», das auch Bestandteil der politischen Programmatik der LINKEN ist. Neue Arbeitsordnung meint freilich mehr und verweist auf die Notwendigkeit einer anderen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie auch der Programmatik der LINKEN entspricht. Auf vielen Gebieten finden sich politische Übereinstimmungen – etwa in der Frage des Mindestlohns, der Rentenpolitik, der Bürgerversicherung, der Arbeitsmarktpolitik.

Allerdings gibt es auch inhaltliche Unterschiede und politische Differenzen. Das gilt etwa für die unterschiedliche Forderung beim Mindestlohn, wobei aber im Grundsatz Einigkeit besteht. Das gilt ganz sicher auch für die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, wie sie von Teilen der Partei erhoben wird. Doch das Konzept wird auch in der Partei selbst sehr kontrovers diskutiert. Ein durchaus konflikträchtiges Feld im Verhältnis von der Partei DIE LINKE und den Gewerkschaften stellt die Lohnpolitik dar. Eine aktive Lohnpolitik, die mindestens die Verteilungsspielräume ausschöpft und zu einer realen Erhöhung der Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führt, und damit auch den herrschenden Trend der Umverteilung von unten nach oben umkehrt, ist ein erklärtes Ziel linker Politik. Sie ist auch Bestandteil einer anderen Wirtschaftspolitik, sieht doch DIE LINKE im deutschen Lohndumping (gemessen an den Lohnstückkosten) eine wesentliche Ursache für die verhängnisvollen Außenhandelsungleichgewichte und damit auch für die gegenwärtigen europäischen Probleme.

Auch wenn im Grundsatz die Forderung nach einer aktiven Lohnpolitik und schon gar nicht das Ziel höherer Einkommen von den Gewerkschaften bestritten werden dürfte, so klappt doch zwischen diesen Zielen und der tatsächlichen Entwicklung eine beträchtliche Lücke. So haben die deutschen Gewerkschaften in den letzten Jahren bei schwieriger wirtschaftlicher Lage und insbesondere in der jüngsten Krise eine Politik der Lohnzurückhaltung verfolgt und der betrieblichen Beschäftigungssicherung den Vorrang gegeben. Diese Politik wird zurecht als «Krisenkorporatismus» bezeichnet. Die Folge war, dass zwar im Hinblick auf die Beschäftigungssicherung Erfolge erzielt wurden, die Einkommensentwicklung jedoch ausgesprochen schwach war und die Einkommen selbst im Aufschwung nicht stiegen. Unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten ist dies eine Fehlentwicklung und daher zu kritisieren.

So sehr damit auch eine Kritik der gewerkschaftlichen Lohnpolitik verbunden ist, so kann man auf der anderen Seite die Gewerkschaften

auch nicht einfach zu makroökonomischen Erfüllungsgehilfen machen. Anerkennung der Autonomie der Gewerkschaften bedeutet auch, dass ihre interne Willensbildung und damit auch die Prozesse der Tarifpolitik respektieren muss – ebenso wie die Tatsache, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen schwieriger geworden sind. Die Erosion des Flächentarifvertrags ist dafür ein beredtes Beispiel. Es ist nun gerade Aufgabe der LINKEN dazu beizutragen, dass die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass gewerkschaftliche Forderungen besser durchgesetzt werden können. Schließlich tritt DIE LINKE politisch für die Interessen der Gewerkschaften ein. Deutlich kommt dies im Selbstverständnis der parteiinternen Arbeitsgemeinschaft «Betrieb und Gewerkschaft» zum Ausdruck, deren erklärtes Ziel in der Einbringung gewerkschaftlicher Interessen in die Parlamentsarbeit besteht. Gleichzeitig versteht sie sich als eine Plattform für sozialistische Gewerkschaftspolitik, die auch für die Entwicklung gewerkschaftlicher Positionen in der Partei selbst eintritt. Denn trotz aller Bekenntnisse zu starken Gewerkschaften ist die gewerkschaftliche Orientierung innerhalb der Partei nicht unumstritten.

Der Einsatz für gewerkschaftliche Forderungen bedeutet nun keineswegs, sie kritiklos zu übernehmen oder gar ganz auf Kritik an der gewerkschaftlichen Politik zu verzichten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf eine Politik, die stark auf betriebliche Vereinbarungen setzt, sich den herrschenden Bedingungen anpasst und weniger eine offensive politische Interessenvertretung verfolgt. So sind denn auch die ursprünglich angekündigten politischen Proteste («heißer Herbst») gegen die Politik der Bundesregierung weitgehend ausgeblieben. Auch wenn den Gewerkschaften ein durchaus erfolgreiches Krisenmanagement bescheinigt wird, so werden sie gerade auch von den Beschäftigten dafür kritisiert, dass sie politisch zu defensiv sind. Ihre gesellschaftliche Durchschlagskraft ist gering.

Zu einer offensiven gewerkschaftlichen Interessenvertretung gehört nach Auffassung der LINKEN auch der politische Streik. Zwar wurde der politische Streik auch auf dem Gewerkschaftstag von ver.di im September als Element gewerkschaftlicher Politik bekräftigt, doch blieb das Verhältnis dazu distanziert. In anderen Einzelgewerkschaften stößt diese Forderung sogar auf Ablehnung. Für DIE LINKE dagegen ist der politische Streik ein wesentliches Mittel, um politische Inhalte durchzusetzen. Dazu gehört auch die Forderung nach Generalstreik. Allerdings muss mitbedacht werden, inwieweit dafür auch die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind. Die Gewerkschaften sind für DIE LINKE gesellschaftliche Organisationen, ohne die sich ihre politischen Ziele nicht durchsetzen lassen. Gefordert ist ein kritisch-solidarisches Verhältnis, das die Autonomie der jeweils anderen respektiert.

HEINZ BIERBAUM IST STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER PARTEI DIE LINKE UND PROFESSOR FÜR BETRIEBSWIRTSCHAFT AN DER HOCHSCHULE FÜR TECHNIK UND WIRTSCHAFT DES SAARLANDES

DIE AKTIVITÄTEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG auf dem Themenfeld Gewerkschaften sind mittlerweile sehr vielfältig. So wurde unter anderem im Juli 2011 ein Gesprächskreis gegründet, der den Dialog in den gewerkschaftsnahen Raum befördern und gewerkschaftsrelevante Themenkomplexe diskutieren soll. Ausgehend von der Arbeit des Gesprächskreises wird im Frühsommer 2012 eine Konferenz zum Thema «Politische Streiks im Europa der Krise» organisiert. Weitere Informationen zu den Aktivitäten des Gesprächskreises sind unter www.rosalux.de/parteien-demokratie/specials/gespraechskreis-gewerkschaften.html zu finden.

STEPHAN KAUFMANN

DIE KRISE ALS CHANCE

WIE DIE BUNDESREGIERUNG IHRE MACHTPOSITION IN EUROPA AUSBAUT

Die Strategie der Bundesregierung seit Beginn der Euro-Krise erscheint widersprüchlich. Auf der einen Seite beteuert Kanzlerin Angela Merkel permanent: «Der Euro darf nicht scheitern.» Auf der anderen Seite gefährdet die Bundesregierung selbst den Bestand der Euro-Zone. Durch ihren Widerstand gegen die Unterstützung hoch verschuldeter Staaten wie Griechenland scheint sie ein Auseinanderbrechen der Währungsunion sehenden Auges zu riskieren. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Oberflächlich betrachtet torpediert die deutsche Politik regelmäßig die Bemühungen zur Überwindung der Krise. Als im Oktober 2009 die Griechenland-Krise begann, wiegelte Merkel ab: Man solle das Problem «nicht überbewerten». Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) ergänzte, es könne nicht sein, dass «der deutsche Steuerzahler die Zeche für das Missmanagement in anderen Ländern zahlt».

Am 2. Mai 2010 beschloss die EU dann die 110 Milliarden Euro schwere Unterstützung für Griechenland. Noch im April 2010 hatte die Bundesregierung darauf bestanden, dass auf die vergebenen Hilfskredite hohe Strafzinsen zu zahlen sind. Am Ende musste sie nachgeben, die Zinsen wurden gesenkt. Im Februar 2011 lehnte die Bundesregierung Anleihekäufe durch den Euro-Rettungsschirm EFSF ab. Ein halbes Jahr später ruderte sie zurück. Auch die zuvor von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble abgelehnte Aufstockung des EFSF wurde inzwischen beschlossen.

Es sieht so aus, als würde die Bundesregierung permanent ihre Haltung ändern. Das kostet sie Sympathien. Auf der einen Seite wird ihr vorgeworfen, sie gefährde mit ihrer harten Haltung die Währungsunion. Auf der anderen Seite wird kritisiert, sie sei zu weich gegenüber den «Schuldner-Staaten» und gebe ständig nach.

Tatsächlich agiert die Bundesregierung weder «zu hart» noch «zu weich». Ihre Aktionen erklären sich aus ihrem Ziel: Sie will die Krise als Chance nutzen, um Deutschlands Machtposition auszubauen. So forderte Finanzminister Schäuble im Juli 2011, die EU-Problemländer müssten für Hilfen Hoheitsrechte abgeben. «Deutschland sagt: Wenn wir mehr zahlen, dann wollen wir auch mehr Macht», erklärt Ulrike Guérot vom European Council on Foreign Relations.

Wie der deutsche Machtzuwachs in der Euro-Zone aussehen soll, wird derzeit unter den Titeln «Europäische Wirtschaftsregierung» und «Euro-Plus-Pakt» verhandelt. Dabei geht es vor allem darum, dass die Euro-Staaten einen Teil ihrer Souveränität aufgeben. So haben sich die Euro-Regierungen bereits verpflichtet, ihre Politik regelmäßig von der EU-Kommission überprüfen zu lassen. Im Rahmen des «Europäischen Semesters» wird dabei alles unter die Lupe genommen: Wirtschaftspolitik, Lohnentwicklung, Rentenhöhe, Neuverschuldung usw. Verstößt ein Land gegen die vorgegebene Linie, muss es seine Politik korrigieren. Zudem fordert die Bundesregierung von den anderen Euro-Ländern, diese sollten ebenfalls eine Schuldenbremse einführen, die die Neuverschuldung per Gesetz streng begrenzt.

Anstelle souveräner finanz- und wirtschaftspolitischer Entscheidungen der Regierungen sollen künftig quasi-objektive Vorgaben automatisch für solide Staatshaushalte sorgen – ein Staat soll also

nur noch Schulden machen dürfen, wenn diese garantiert dem Wirtschaftswachstum dienen. Formal gelten diese Regeln für alle. Doch welcher Staat sich im Notfall Ausnahmen genehmigen darf, entscheidet sich an den Machtverhältnissen. Und hier steht Deutschland an der Spitze. Das hat der Euro-Stabilitätspakt gezeigt: Als Deutschland die Neuverschuldungsgrenze von maximal drei Prozent der Wirtschaftsleistung übertraf, traten keine Sanktionen in Kraft. Der Pakt wurde de facto ausgesetzt. Ähnlich dürfte dies bei den neuen Regeln funktionieren. Früher oder später wird die Bundesregierung wohl auch ihre Schuldenbremse aussetzen. Ob andere Länder eine ähnliche Freiheit im Umgang mit den Vorgaben genießen, wird in Zukunft an der Genehmigung durch die deutsche (und wohl auch die französische) Regierung hängen.

Das könnte die Erklärung für die Krisen-Strategie der Bundesregierung sein: Durch Hilfskredite soll das Euro-Projekt gerettet werden. Die Auflagen für diese Kredite übertragen die Last der Stabilisierung auf die Peripheriestaaten. Für die Zukunft verpflichtet sich die Bundesregierung, in Notfällen mit Hilfskrediten einzuspringen. Dies aber nur, wenn die Euro-Staaten sich auf eine bestimmte Politik festlegen und sich gleichzeitig einem europäischen Aufsichtsregime unterwerfen. Mit diesem Regime verschafft sich die Bundesregierung Einfluss auf die Politik anderer Staaten und nimmt ihnen so Souveränität. Gleichzeitig aber dürfte die Bundesregierung dafür sorgen, dass die neuen Regeln ihre eigene Handlungsfreiheit nicht einschränken. Das wird es wohl sein, was Angela Merkel meinte, als sie Ende August sagte: «Es ist unser Ziel, stärker aus dieser Krise herauszukommen.»

STEPHAN KAUFMANN IST WIRTSCHAFTSREDAKTEUR

«Occupy Wall Street» in Frankfurt. Foto: © dpa



NEUE HERAUSFORDERUNGEN

KONKURRIERENDE GESELLSCHAFTLICHE KONZEPTE IN DER KRISE

In der aktuellen Situation wirken mehrere, teils gegensätzliche Entwicklungen gleichzeitig. 2008 war der Neoliberalismus weitgehend desavouiert, der Kapitalismus bis ins bürgerliche Feuilleton hinein in Verruf geraten.

Doch die offizielle Krisenbearbeitung hat die neoliberalen Fraktionen nicht geschwächt, sondern zunächst gestärkt. Dies stellt die verschiedenen Gruppen der Linken vor neue Herausforderungen. Dabei konkurrieren vier gesellschaftliche Konzepte: autoritärer Neoliberalismus, Neue Rechte, «Grüner Kapitalismus» und sozial-libertärer Green New Deal.

STRATEGIE DES AUTORITÄREN NEOLIBERALISMUS

Die herrschenden Kreise versuchen gegenwärtig, der Krise mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen zu begegnen. Die Rezepte sind Finanzialisierung, Kürzungsdiktate, Privatisierung, Flexibilisierung, Prekarisierung, Entdemokratisierung. Leitbilder sind der globale freie Markt und der Einzelne als Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft. Die Stärke dieser Strategie ist die tiefe Verankerung in den Machteliten und ideologischen Apparaten sowie in den Institutionen. Deshalb dominiert ein «Weiter so», das sich zunehmend autoritärer und repressiver Mittel bedienen muss. Die Schwäche dieser Strategie ist, dass sie erstens genau jene Schubkraft des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes zumindest teilweise beschneiden muss, die bisher dem Neoliberalismus zugrunde lag. Zweitens hat sie keine stabile Massenbasis, da sie immer weniger zu bieten hat.

DIE NEUE RECHTE

In den USA und vielen EU-Ländern entsteht eine Neue Rechte, die die Interessen und Wertvorstellungen insbesondere der bedrohten Mittelschichten aufgreift und sie in das Projekt einer Verteidigung der eigenen Privilegien, des eigenen Standorts, der eigenen Kultur auf der Grundlage des Neoliberalismus einfügt. Zugleich werden Bürger- und Menschenrechte eingeschränkt, Teilen der Gesellschaft ganz verwehrt, wird die Entzivilisierung vorangetrieben. Ab- und Ausgrenzung in der Gesellschaft und nach außen, Konzentration auf kurzfristige «nationale Interessen», eine selektive Verbindung von Protektionismus und offenem Kapitalverkehr sind Elemente dieses Projekts. Für die Eliten des Finanzmarkt-Kapitalismus sichert diese Strategie eine Massenbasis in ihren Zentren. Dies erfolgt aber auf einer bornierten und sogar schrumpfenden Grundlage und erschließt keine neuen Akkumulationsfelder.

DER »GRÜNE KAPITALISMUS«

Die ökologische Modernisierung ist eine Option der Erneuerung der technologischen Grundlagen und der Erschließung neuer Akkumulationsquellen. Die bürgerlich-kapitalistischen Grundlagen der Gesellschaft werden weiter entwickelt, Herrschaftsstrukturen werden aufrecht erhalten. Die Subalternen bleiben weitgehend passive Objekte. Bestimmte Interessen werden herrschaftsförmig integriert. Teile der protestierenden Bewegungen werden inkorporiert. Eine solche Strategie verlangt eine Modifikation der Regulationsweise.

Die massive Ausweitung von Akkumulation in den Feldern einer ökologischen Modernisierung ist nur möglich, wenn es zu politischen Vorgaben kommt, langfristige Investitions- und Förderprogramme Anreize schaffen und Sicherheit geben sowie eine gezielte Nachfragepolitik geschaffen wird.

Die Stärke dieser Strategie liegt darin, dass sie vor allem in exportorientierten Ländern mit einem hohen Anteil von Investitionsgütern (Deutschland, Japan, China) Spielräume schafft. Sie schafft für die marktorientierten Mittelschichten neue Betätigungsfelder und bedroht zugleich traditionelle Industrien, ohne hinreichende Alternativen anzubieten. Sie ist weitgehend anschlussfähig an den Neoliberalismus und verlangt nur Modifikationen der gegebenen Institutionen, eine Anpassung der herrschenden Akteure (so zum Beispiel der Energiekonzerne) sowie die Integration neuer Gruppen.

SOZIAL-LIBERTÄRER GREEN NEW DEAL

(RICHTUNGSWECHSEL AUF NEUER GRUNDLAGE)

Diese Strategie der Zähmung und Einbindung des Kapitals beinhaltet eine konsequente sozialökologische Transformation und geht mit einer massiven Kapitalvernichtung einher, von der vor allem die fossilistischen Konzerne betroffen sein werden. Diese Fraktionen sind jedoch nicht einheitlich, da vor allem die großen Energie-, Chemie oder Autokonzerne selbst zu den größten GreenTech-Investoren gehören. Eine «kontrollierte» Entwertung und Vernichtung des alten fixen Kapitals wird insofern extrem schwierig. Eine neue Akkumulations- und Regulationsweise bedarf umfassender Lernprozesse in Teilen der herrschenden Eliten sowie starker handlungsfähiger Gegenkräfte. Von den Gewerkschaften und linken Kräften verlangt dies die Verbindung von klarer unmittelbarer Interessenverteidigung mit Konversionsstrategien.

In der Bundesrepublik bringen sich dabei gerade jene in Stellung, die bislang eine Energiewende mit Macht blockiert haben: die Oligopolisten der Stromversorgung. Favorisiert werden marktförmige und technische Lösungen, einschließlich großtechnischer Projekte wie Desertec, riesige Offshore-Windparks, monopolisierte Netze und – trotz allem – die Atomkraft, wenn nicht hierzulande, dann doch als Importgut. Die Autokonzerne setzen auf E-Autos und Car-sharing-Modelle. IT-Unternehmen, Stromkonzerne, Bahn und kommunale Betriebe konkurrieren um den Aufbau entsprechender Infrastrukturen. Vor dem Hintergrund der Kräfteverhältnisse und der institutionellen Vertiefung neoliberaler Haushalts- und Fiskalpolitik ist insofern die Durchsetzung eines sozial-libertären Green New Deal eher unwahrscheinlich – besser stehen die Chancen für die Fortentwicklung des grünen Kapitalismus, der aber unter dem Druck sozialer Kräfte, von Lernprozessen und experimentellen Erfolgen und neuen Krisenschocks auch in einen Green New Deal übergehen kann.

GRENZEN DER MOBILITÄT

EUROPA DREHT AB: NEUE KÄMPFE UM MIGRATION



Li Wei: «Beyond Gravity 2», 2010, Beijing

VASSILIS S. TSIANOS

OCCUPY SCHENGEN

WIDERSPRÜCHE ZWISCHEN MIGRATIONSBEWEGUNG UND DEM DIKTAT DER ABSCHOTTUNG VERSCHÄRFEN SICH. DAS EUROPÄISCHE GRENZREGIME STECKT IN DER KRISE

Schon im Begriff der Migration verbirgt sich ein Konflikt. «Humanitäre Migration», «Zwangs- und Kriegsmigration», «Arbeitsmigration» und nicht zuletzt «zirkuläre Migration» sind keineswegs neutrale Bezeichnungen für die räumlich-kulturelle Mobilität von Menschen. Diese Begriffe gehen mit herrschenden Vorstellungen von Kontrolle oder Immobilität einher. Wann, wo und wie MigrantInnen auswandern oder flüchten, zwischen «Herkunfts-» und «Ankunftsland» arbeitssuchend «zirkulieren», hängt von vielen Faktoren ab. Die Geschichte und Gegenwart der Migrationen ist zuallererst ein bevorzugtes Schlachtfeld nationalstaatlicher Definitionsmacht. Folglich ist jedes Sprechen über Migration ein Konflikt. Mit Alain Badiou lässt sich sagen, dass die Bezeichnung «EinwanderInnen» in Wirklichkeit dazu gedient hat, die Mobilität der ArbeiterInnen und die Instrumente ihrer Kontrolle zu verdecken, um sie aus dem Raum der politischen Repräsentation

auszuschließen. In der aktuellen Krise des europäischen Migrations- und Grenzregimes gewinnt dieser Ausschluss eine neue, dringliche Evidenz.

Das Schengener Grenzregime erlebt derzeit seine bisher größte Krise seit Bestehen: Griechenland hat den migrationspolitischen «Ausnahmestand» ausgerufen, auch auf Malta und der italienischen Insel Lampedusa eskaliert die Lage. Italien hat im Alleingang befristete Aufenthaltsgenehmigungen vergeben, zwischen Frankreich und Italien ist daraufhin ein kleiner «Transit-Grenzkonflikt» entbrannt. Der Konflikt zwischen europäischem Parlament und Innenministerkonferenz bzw. Kommission um die Umverteilung der Asylquoten verschärft sich, die Dublin-II-Verordnung wurde de facto außer Kraft gesetzt, und die dänische Regierung hat in provokativ-populistischer Absicht wieder «permanente Grenzkontrollen» eingeführt. In Italien, Ungarn und Bulgarien ist es zu antiziganisti-

ACCESS ALL AREAS

KORAY YILMAZ-GÜNAY ÜBER MIGRATION ALS QUERSCHNITTSTHEMA

Koray Yılmaz-Günay ist Referent für das Themenfeld Migration in der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und koordiniert den Gesprächskreis Migrationspolitische Herausforderungen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat seit April 2011 ein Referat für Migration. Fangen wir bei null an?

Yılmaz-Günay: Ja und nein. Es gibt viele gute Kontakte, die bis weit in die 1990er Jahre zurückreichen, aber auch viele Aktive in der Stiftung, bei den Landesstiftungen und im Umfeld. Ich habe gute Anknüpfungspunkte gefunden, es gibt viel Expertise und eine Menge Interesse.

War es leicht, Schwerpunkte zu setzen?

Yılmaz-Günay: Ich bin mit einigen Ideen gekommen und habe mit KollegInnen aus verschiedenen Bereichen darüber gesprochen. Das Themengebiet ist groß, und es gibt sehr unterschiedliche Prioritätensetzungen. Es kann also eine Weile dauern, bis ein stimmiges Vorgehen zustande kommt, aber das ist in Ordnung. Neben einer guten Verzahnung von Themen wird es wichtig sein, konkrete Kooperationen anzuregen, von der Kommunal- bis in die Europa-Politik. Migration kommt als Gegenstand ja selten allein vor, die Zuständigkeiten sind oft weit verteilt. Gewerkschafts- und Geschlechterpolitik, Flüchtlings- und Asylpolitik, Bildung – wenn all diese Felder sich an der Gesellschaft orientieren sollen, müssen ethnische und religiöse Diversität darin reflektiert sein. Migration als eines der sagemwobenen Querschnittsthemen – das ist mein Hauptziel.

Gibt es konkrete Projekte?

Yılmaz-Günay: Bisher ist vor allem stiftungsintern viel passiert: Workshops, Seminare, Arbeitsgruppen und Tagungen. Für den Herbst ist noch eine Menge geplant. Besonders freue ich mich über eine internationale Konferenz am 10. Dezember. Gemeinsam mit den Fraktionen im Europäischen Parlament, im Bundestag und im Berliner Landesparlament haben wir VertreterInnen von Roma-Eigenorganisationen aus zahlreichen Ländern der EU eingeladen, um über die jeweilige Situation zu sprechen. Die EU hat vor kurzem eine Rahmenstrategie vorgegeben, wonach in allen Mitgliedsländern nationale Programme zur sogenannten Integration der Roma aufgelegt werden sollen. Die Bekämpfung von Antiziganismus in den Mehrheitsbevölkerungen kommt darin kaum vor; wenn du dir ansiehst, was gefordert wird, läuft es dir kalt den Rücken runter. Die EU wäre schon zufrieden, wenn jedes Roma-Kind einen Grundschulabschluss erreichen könnte – davon sind wir auch in Deutschland noch weit entfernt.

**DIE FRAGEN STELLTE
HENNING HEINE**



Koray Yılmaz-Günay
Foto: Burkhard Lange, ND

schen Mobilisierungen gekommen. Und nicht zuletzt haben die Jasmin Revolutionen das euro-maghrebinische Grenzregime in Mitleidenschaft gezogen. Es lohnt sich, diese Ereignisse etwas genauer zu betrachten und nach ihrem Zusammenhang zu fragen.

Wenn ich über die Konturen eines migrationspolitischen Ausnahmezustands in Europa spreche, so betrifft dies selbstverständlich nicht nur Griechenland. Die Situation der Flüchtlinge auf Malta und in Italien ist ähnlich katastrophal. Mehr als 1.500 «boat people», die seit Beginn der Nato-Intervention in Libyen über den Seeweg nach Lampedusa aufgebrochen sind, werden noch immer vermisst. Das Dublin-II-System steckt in der Krise. Auch hier haben wir es mit einem Konflikt zu tun. Die Dublin-II-Verordnung regelt die Zuständigkeit für ein Asylverfahren nach dem so genannten «Verursacherprinzip»: Der Mitgliedsstaat, in dem ein/e AsylantragstellerIn erstmals EU-Boden betreten hat, der also die Einreise «verursacht» hat, muss das Asylverfahren durchführen. Praktisch bedeutet das eine Benachteiligung des europäischen Südens gegenüber dem Norden.

Im Januar 2011 stand eine potenziell folgenreiche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts an. Ein Asylbewerber hatte gegen seine Abschiebung nach Griechenland geklagt und die Klage mit der katastrophalen humanitären Situation für Flüchtlinge in dem Land begründet. Um einer Entscheidung des Gerichts mit weitreichenden Folgen für das Asylrecht zuvorzukommen, erklärte die Bundesregierung einen einjährigen «Rückführungsstopp» nach Griechenland. Sie erkannte damit an, dass in Griechenland de facto kein Asylsystem besteht und dass die Bedingungen, unter denen hunderttausende Flüchtlinge dort ihr Dasein fristen, einer «humanitären Katastrophe» gleichkommt.

Man muss die humanitären Katastrophen und ihre mediale Instrumentalisierung als einen strategischen Einsatz der jeweiligen Regierungen des Schengener Südens begreifen. Sie versuchen – auf Kosten der MigrantInnen und Flüchtlinge – den Druck auf die nördlichen «Kern-»Staaten der EU zu erhöhen. Diese Situation der verschärften migrationspolitischen Konflikte verweist auf die alte ökonomische Spaltung zwischen Europas Norden und Süden. Der Widerstand der Staaten im Süden der EU gegen das Verursacherprinzip zeigte sich auch im Fall der 25.000 TunesierInnen, denen die italienische Regierung eine Aufenthaltserlaubnis erteilte. Bisher ist die Regierung Berlusconi vor allem dadurch aufgefallen, dass sie das Migrationsregime im Mittelmeer militarisiert, grundlegende Menschenrechts- und Flüchtlingskonventionen ignoriert und rassistisch gegen MigrantInnen gehetzt hat. Eine großzügige politische Geste gegenüber den Ankömmlingen aus Tunesien kann daher als Motiv ausgeschlossen werden. Vielmehr war das Manöver eine Möglichkeit, das Verursacherprinzip der Dublin II-Verordnung zu umgehen.

Die Entscheidung der italienischen Regierung für ein Aufenthaltsrecht der TunesierInnen führte zum französisch-italienischen «Transit-Grenzkonflikt», einer nach EU-Recht äußerst fragwürdigen Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengenraum durch die französische Regierung. Die Maßnahme löste erhebliche Irritationen und Konflikte in der Europäischen Kommission aus. Eine ähnliche Konflikt-Konstellation zwischen Mitgliedstaaten, die Grenzkontrollen fordern, und der Europäischen Kommission, die als Wächterin der Personenfreizügigkeit und der Abschaffung von Grenzkontrollen im Schengenraum auftritt, ergab sich schon 2010: Damals trat die französische Regierung eine antiziganistische Kam-

pagne los, deren Ziel es war, die Bewegungsfreiheit von UnionsbürgerInnen vor allem aus Rumänien zu beschneiden. Auch die Wiedereinführung der Grenzkontrollen durch die dänische Regierung gehört in diesen Kontext.

Ob wir von den Löchern im euro-maghrebinischen Grenzregime sprechen, die im Zug der arabischen Revolutionen entstanden sind, oder von den Konflikten innerhalb der EU: Die aktuellen Entwicklungen rund um das Mittelmeer sind eng mit der Krise des Kapitalismus verwoben. Wirtschaftskrisen gehen immer mit einer Umstrukturierung der Grenz- und Migrationsregime einher. Auch die jetzige Krise hat die Einwanderungsmechanismen weiter verschärft und so die Arbeits- und Lebensbedingungen von MigrantInnen verschlechtert, wie Spaniens wieder eingeführte Arbeitsmarktbeschränkungen für rumänische StaatsbürgerInnen zeigen. Doch keine der großen Krisen des Kapitalismus hat je die Migration gestoppt.

Im letzten Vierteljahrhundert hat Europa den Fall des Ostblocks und die Umbrüche auf dem Balkan erlebt. Diese Ereignisse – so unterschiedlich sie waren – haben jedes Mal neue, oft tief greifende Veränderungen des europäischen Grenzregimes bewirkt. Parallel zu den «Süderweiterungen» der Europäischen Union begannen die Planungen zur Aufrüstung der Außengrenze, zur Binnenfreizügigkeit und zur migrations- wie flüchtlingspolitischen Abschottung. Das Ergebnis war das Schengener Grenzregime. Als 1989 die Grenzen des Warschauer Pakts fielen, löste das eine erste Krise im Schengener Prozess aus. Erst die EU-Osterweiterungsrunden haben den Aufenthalt von hunderttausenden MigrantInnen aus Polen, der Tschechischen Republik und weiteren Ländern legalisiert. Die jetzige Krise ist ungleich gravierender. Während sich die EU nach Osten und Südosten fortwährend ausdehnt, ist die EU-Südgrenze in den letzten Jahrzehnten zementiert worden. Diese Abgrenzung bricht nun mit dem Sturz der Diktaturen weg.

Wenn aber hier von der Krise Schengens die Rede ist, meine ich nicht einen Kontrollkollaps, wie ihn die Grenzspektakel zwischen Italien und Frankreich, in Griechenland oder auf Malta medienwirksam suggerieren. Wir sind nicht Zeugen des Untergangs, sondern der turbulenten Umgestaltung des gesamten Schengener Systems,

welches die Personenmobilität im EU-Gebiet und in den Nachbarländern kontrolliert. Der Kern der Krise des Schengener Systems besteht darin, dass unerwartete desintegrative Dynamiken im Prozess der europäischen Migrations- und Grenzpolitik selbst entstanden sind. Dabei scheitert nicht die «nackte» Kontrolle. Im Gegenteil: Die aktuelle Entwicklung verantwortet mehr Opfer, wie wir an der Todesstatistik an den Schengener Meeresgrenzen ablesen können. Vielmehr ist das Dublin-II-System delegitimiert. Dies stellt die europäische Vergemeinschaftungspolitik vor neue, große Probleme. Die permanenten Verzögerungen bei der operativen Entwicklung von SIS II, der geplanten gemeinsamen EU-Polizei- und Grenzdatenbank, und die Wiedereinführung nationaler Zoll- und Mobilitätskontrollen stehen exemplarisch dafür.

Die arabischen Revolutionen sind noch im Gange, ihr Ergebnis bleibt ungewiss. Die Züge, die die neuen politischen Systeme der arabischen EU-Nachbarländer annehmen werden, werden auch die Richtung beeinflussen, in die sich das euro-mediterrane Grenzregime weiter entwickelt. Bereits Anfang April musste die tunesische Übergangsregierung einlenken und Kontrollen an den Küsten wieder herstellen. Allerdings werden alle TunesierInnen, die vor dem 5. April in Italien angekommenen sind, nicht zurückgeschoben. Auch die Aussetzung des italienisch-libyschen Abkommens steht in diesem labilen Zusammenhang.

Die Widersprüche zwischen der Migration als Freiheitsakt und dem Diktat der Abschottung verschärfen sich. Diese Spannung macht den Kern der aktuellen Schengener Widersprüche aus. Doch die Art und Weise, in der diese Spannung transnational kommuniziert wird, aber auch die Erfahrung der Kämpfe für echte Demokratie haben etwas Gemeinsames. Sie schaffen das Terrain, auf dem sich der demokratische Aufstand der Prekären und die Migrationsbewegungen begegnen. Hier werden die Kämpfe gegen die Kontrolle der Mobilität, ihrer Autonomie, ihrer Freiheit ausgetragen: Occupy Schengen in Aktion! Dieses mal sind wie alle mittendrin.

VASSILIS S. TSIANOS IST GRÜNDUNGSMITGLIED DES NETZWERKS FÜR KRITISCHE MIGRATIONS- UND GRENZREGIMEFORSCHUNG UND ARBEITET AM INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE DER UNIVERSITÄT HAMBURG

CORNELIA ERNST

SCHENGEN, DUBLIN, FRONTEx

DIE ABSCHOTTUNGSPOLITIK DER EU

Schon seit Beginn der 1990er Jahre ist das Bild der «Festung Europa» eine feste Größe in allen Diskussionen, die ein kritisches Licht auf die Politik der EU werfen. Zuletzt wieder stärker ins Bewusstsein gerückt ist die «Festung Europa» vor allem durch die jungen TunesierInnen, die nach dem Sturz der Diktatur Ben Alis die Gelegenheit nutzten, den deprimierenden Aussichten in ihrem Land zu entfliehen.

In ihrer heutigen Form basiert das Abschottungsregime der EU vor allem auf dem Zusammenspiel von drei europäischen Regelungen und Instrumenten. Die Grundlage bilden die Schengen-Regelungen, die mit der Abschaffung der allermeisten Grenzkontrollen oft und zu Recht als eine der wichtigsten Errungenschaften der EU gefeiert werden. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die zutiefst fragwürdige Logik, der zufolge die Ab-

schaffung der inneren Grenzkontrollen nur unter der Voraussetzung schärferer Kontrollen der Außengrenzen möglich ist.

Den zweiten und entscheidenden Teil des Abschottungssystems bildet die sogenannte Dublin-II-Verordnung, die festlegt, welcher europäische Staat für die Bearbeitung von Asylanträgen zuständig ist. Vereinfacht lässt sich «Dublin» auf die Regel reduzieren: Zuständig ist der Staat, in dem die/der Asylsuchende den ersten Kontakt mit Behörden hatte. Zumeist ist es das Land, dessen Schengen-Außengrenze überquert wurde. Mit dieser Regel soll verhindert werden, dass sich Asylsuchende, die den Schengen-Raum erreicht haben, das Land aussuchen, in dem ihr Antrag die besten Erfolgsaussichten hat. Kontrolliert wird das Dublin-System durch Eurodac, eine Datenbank, in der die Fingerabdrücke aller Personen gespeichert werden, die «illegal» eine Außengrenze der EU überquert oder



irgendwo in Europa einen Asylantrag gestellt haben. Die Konsequenz ist, dass die Staaten, die über eine EU-Außengrenze verfügen und Nachbarn von Ländern mit hoher Armut oder repressiven Regimes sind, für eine deutlich höhere Zahl Asylsuchender zuständig sind als die anderen – unabhängig davon, ob es sich dabei tatsächlich um das Zielland der Asylsuchenden handelt oder nicht. Vermehrt landen Flüchtlinge daher in Ländern, durch die sie nur durchreisen wollen, die sie aber nicht verlassen dürfen. Die betroffenen Länder, vor allem Griechenland, Malta, Italien und Spanien, sind somit für Menschen zuständig, die wegen des Reichtums Deutschlands und Frankreichs oder wegen des Asylsystems Schwedens in die EU kommen. Folglich haben diese Länder ein gesteigertes Interesse, die Flüchtlinge gar nicht erst ihre Außengrenzen passieren zu lassen. Die übrigen Staaten, allen voran Deutschland, blockieren jeden Versuch, die Grundregel des Dublin-Systems zu ändern, damit sie sich dieser erfolgreich abgeschobenen Verantwortung nicht wieder stellen müssen.

An dieser Stelle kommt die Grenzschutzagentur Frontex ins Spiel. Sie ist so etwas wie der bequemste gemeinsame Nenner zwischen den Profiteuren des Dublin-Systems und den südlichen EU-Staaten. Frontex' Aufgabe, der Schutz der Außengrenzen, wird durch die dargestellte Interessenlage maßgeblich beeinflusst. Die Logik dahinter: Der Ungerechtigkeit des Dublin-Systems kann nur entgangen werden, wenn die Flüchtlinge ihre Asylanträge gar nicht erst

stellen können. Grund- und menschenrechtskonform ist dies kaum zu bewerkstelligen, schließlich müsste die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen, in jedem Fall eingeräumt werden. So bilden Schengen und Dublin die Grundlagen eines inhumanen Grenzregimes, dessen ausführender Arm Frontex ist. In diesem Licht ist es auch zu sehen, wenn italienische Regierungsmitglieder nach mehr Solidarität in der EU rufen: nach «Solidarität» bei der Abwehr von Flüchtlingen. Dem ist entgegenzuhalten, dass es die Flüchtlinge sind, die unserer Solidarität bedürfen. Anstatt darüber zu streiten, ob ein industrialisiertes Land mit 60 Millionen EinwohnerInnen Solidarität bei der Ankunft von 40.000 bis 60.000 Menschen benötigt, sollten die europäischen Regierungen ihren Blick einmal nach Nordafrika wenden. Dort haben Tunesien und Ägypten, zwei Länder in schwieriger Lage, fast eine Million Menschen aus Libyen und anderen Staaten aufgenommen. Derzeit sitzen noch immer 5.000 Menschen im Lager Choucha in Tunesien und am Grenzübergang Salloum in Ägypten fest. Diese Menschen sind vom UNHCR in ihrem Flüchtlingsstatus bestätigt und können nirgendwohin. Sie verdienen unsere Solidarität und sollten schleunigst in Deutschland und in Frankreich und in allen anderen EU-Staaten aufgenommen und angesiedelt werden.

CORNELIA ERNST IST ABGEORDNETE FÜR DIE LINKE IM EUROPAPARLAMENT UND DORT MITGLIED IM AUSSCHUSS FÜR BÜRGERLICHE FREIHEITEN, JUSTIZ UND INNERES



Li Wei: «Live at the high place 5», 2008, Beijing

KORAY YILMAZ-GÜNAY

DIE REALITÄTSVERWEIGERER

DIE DEUTSCHE «INTEGRATIONSDEBATTE» BERUHT AUF EINEM SELBSTBETRUG

Migration ist seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Trotzdem dominiert ein Diskurs, der MigrantInnen als Sonderfall betrachtet und ihnen Defizite bei der Integration vorwirft. Schon die Prämissen dieser Debatte sind falsch.

Wenn von MigrantInnen gesprochen wird – also eigentlich permanent – wird eine Menge zusammengeworfen: Gastarbeit im Westen, Vertragsarbeit im Osten, Asyl-, Flüchtlings- und Abschiebepolitik, Binnen- und Transitmigration im In- und Ausland, die Rolle nationaler Gesetzgebung, EU-Politik und internationale Übereinkommen – die Liste ließe sich fortsetzen. Von der frühkindlichen Erziehung bis zum Friedhofs- und Bestattungsrecht reichen die Politikfelder, die über Jahrzehnte ohne einen Gedanken an ethnische oder religiöse Vielfalt bearbeitet worden sind. Die Annahme, dass Deutschland weiß und christlich ist, hat sich von der Gründung des Deutschen Reiches 1871 bis heute im Wesentlichen erhalten.

Weder die Kolonialpolitik des ersten deutschen Nationalstaates, seine aggressive Landnahme, Genozide und «Völkerschauen»,

noch seine bereits im Kern völkische Grundierung sind je seriös aufgearbeitet worden. Das vorherrschende Verständnis vom «Deutsch»-Sein geht direkt zurück auf eine Konstruktion von Nation, die ausschließender nicht sein könnte. Dass heute Gegensatzpaare wie «Deutsche und Juden» nach wie vor gebräuchlich sind, dass das Staatsangehörigkeitsrecht nicht vollständig von seiner Blut-und-Boden-Grundlage befreit worden ist, dass Kinder, die in dritter Generation hier geboren wurden, weiterhin als «nicht-deutsch» bezeichnet werden – dass mithin eine republikanische Grundierung von Staat und Gesellschaft aussteht, korrespondiert hervorragend damit, dass Phänomene wie Rassismus und Antisemitismus als «Randerscheinungen» gedeutet werden, denen mit Programmen «gegen Rechts» beizukommen sei.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem Zeitungs- und TV-Redaktionen ohne einen Beitrag zur «Integrationsdebatte» auskommen. Viele BürgerInnen fanden ihre Alltagswahrnehmungen durch Thilo Sarrazins Thesen bestätigt, wonach Migrantinnen vor allem zum Gebären und Migranten vor allem zum Lebensmittelhandel qualifiziert

seien. Dabei haben in Ballungsräumen je nach Altersgruppe bis zu 80 oder 90 Prozent der Schulkinder einen sogenannten Migrationshintergrund. Obwohl Menschen aus diesen Bevölkerungsgruppen im Fernsehen außerhalb der Unterhaltungs- und Sportprogramme kaum vorkommen, ist Migration zum dauerpräsenten Thema geworden. Schreckensszenarien von Parallelgesellschaften, religiösem Fanatismus, Orten des Hasses gegenüber Jüdinnen und Juden, aber auch von Horten der Kriminalität bestimmen die Debatten. Von der Bundesebene bis zu Runden Tischen auf kommunaler

Ebene streitet die interessierte Öffentlichkeit über Probleme, die sich wahlweise aus dem Zusammenleben von «Kulturen» oder «Religionen» ergeben. Nie waren schon fast klassisch zu nennende «Multikulturalismus»-Debatten weiter verbreitet als heute, wo der Multikulturalismus allenthalben für tot erklärt wird und die vermeintliche Leitkultur hoch im Kurs steht. Freilich werden diese Debatten zumeist über die betreffenden Menschen geführt und kaum mit ihnen. Allenfalls ein paar «KronzeugInnen» (Yasemin Shooman) aus den «Communities» müssen herhalten, um Probleme zu bestä-

Li Wei: «Mirror.Hong Kong», 2006, HongKong



tigen, die zuvor von Politik, Wissenschaft oder Zivilgesellschaft definiert wurden. So hat sich in den letzten Jahren ein ganzer Forschungszweig gebildet, der dem Zusammenhang von Migration, Religiosität und der Neigung oder Bereitschaft zur Kriminalität nachspürt.

Diejenigen, die als MigrantInnen bezeichnet werden, stellen dabei einen Ausschnitt der Gruppe derjenigen dar, die in den letzten Jahrzehnten durch Einwanderung nach Deutschland gekommen sind. Ginge es allein nach diesem Status, ließe sich eine Grenze ziehen, bis wohin ein «Migrationshintergrund» reicht und ab wann jemand dann «deutsch» ist. Doch es ist anders. Die aktuelle Situation lässt sich gut am Beispiel der zahlenmäßig größten Gruppe von eingewanderten Menschen verdeutlichen: (Spät-)AussiedlerInnen, die aufgrund einer vormaligen Staatsangehörigkeit («Reichsdeutsche») oder einer blutsmäßig begründeten Zugehörigkeit («Volksdeutsche») nach Ost- und Westdeutschland kamen, gelten als «Deutsche». Dennoch berichten viele von ihnen von Diskriminierungserfahrungen, die denen anderer Gruppen ganz ähnlich sind. Bei der Rede von «MigrantInnen» geht es also in aller Regel um eine identitäre Konstruktion. Vor allem Menschen aus mehrheitlich muslimischen Ländern und deren Nachkommen dienen den Debatten in Politik und Medien als Material, auch wenn sie von Geburt StaatsbürgerInnen sind. Längst ist es üblich, von «den Muslimen» zu sprechen.

Seit Jahren übersteigt die Zahl der Auswandernden die Zahl der Neuhinzuziehenden. Auch die Zahl der Asylsuchenden hat seit der Beschränkung des Asylrechts 1993 stark abgenommen. Vor diesem Hintergrund ergeben «Das Boot ist voll»-Kampagnen keinen Sinn mehr. Die auf Menschen aus der Türkei und aus arabischen Ländern fokussierte Debatte hat sich auch deshalb seither zum Begriff «Integration» hin verschoben. Der Begriff, häufig in Kombination mit «-defizit» oder «-verweigerung», hat es bis in das Zuwanderungsgesetz von 2005 geschafft, das erstmals anerkennt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Eine besondere Rolle in den deutschen «Integrationsdebatten» nehmen die Rechte von Frauen, zum Teil auch von Schwulen und Lesben ein. Neben der Ablehnung des islamistischen Terrors und der Akzeptanz «unserer Werte» ist das Bekenntnis zur sexuellen Selbstbestimmung zur *Conditio sine qua non* geworden, wenn die Mehrheitsgesellschaft darüber urteilt, ob jemand «gut integriert» ist oder nicht. Das zeigt sich etwa beim «Muslim-Test» in Baden-Württemberg oder bei Edmund Stoibers plötzlichem Interesse für zwangsverheiratete Frauen aus der Türkei. Offener als viele andere hat er als bayerischer Ministerpräsident daraus direkt Restriktionen im Ausländerrecht abgeleitet.

Die demographische Zusammensetzung der «MigrantInnen» hat sich stark verändert, seit aus «GastarbeiterInnen» «AusländerInnen» geworden sind. Heute prägen vor allem Menschen aus Osteuropa und AkademikerInnen das Gesicht der neuen Einwanderung. Menschen aus Polen und sieben anderen osteuropäischen EU-Mitgliedsländern können seit dem 1. Mai 2011 legal als ArbeitnehmerInnen nach Deutschland ziehen. Es bleibt abzuwarten, wie sich dies auf die tausenden Menschen auswirken wird, die schon vorher gekommen sind und die zum Beispiel durch die sogenannte Scheinselbstständigkeit versucht haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen – auch, indem sie untertarifliche Bezahlung akzeptierten und auf Arbeitsschutz oder Klagen bei Lohnprellerei verzichteten. Von dieser Entwicklung völlig unbeeindruckt zeigt sich der hegemoniale Einwanderungsdiskurs. Er fokussiert nach wie vor auf die mittler-

weile alteingesessenen Gruppen, denen er auf unbestimmte Zeit das Attribut «mit Migrationshintergrund» anheftet.

Wie weit die deutsche Einwanderungspolitik von einem demokratischen Verständnis von Zugehörigkeit und dem diskriminierungsfreien Zugang zu zentralen Institutionen der Gesellschaft und des Staates entfernt ist, zeigt sich besonders drastisch an der Situation der seit Jahrhunderten hier lebenden «nationalen Minderheit» der Sinti und Roma. Eine im Frühsommer veröffentlichte Studie belegt die eklatante Benachteiligung von Sinti und Roma beim Zugang zu Bildung. Daran ändert auch ihre formale Gleichberechtigung nichts, ebenso wenig die Tatsache, dass Deutschland 1997 das «Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten» ratifiziert hat. Dass auch Schwarze Deutsche auf einen vermeintlichen «Migrationshintergrund» verwiesen werden, macht abermals deutlich, dass die deutsche Norm-Bevölkerung offensichtlich weiß und christlich sozialisiert sein soll.

Die aktuellen Debatten um die Vorteile «zirkulärer Migration», bei der die Menschen nach getaner Arbeit das Land wieder verlassen, oder die Anwerbung von Hochqualifizierten zeugen davon, wie schwach die Bereitschaft ist, aus den Fehlern der Einwanderungs- und Antidiskriminierungspolitik der Vergangenheit zu lernen. Nach wie vor herrscht das Primat des Arbeitsmarktes. Dabei hatte Westdeutschland schon in den 1980er Jahren prozentual mehr Einwanderung als traditionelle Einwanderungsländer wie die USA oder Neuseeland. Trotzdem blieb es beim Selbstbetrug, es handele sich um eine temporäre Erscheinung auf dem Arbeitsmarkt.

All das zeigt: Es braucht dringend eine effektive rassismuskritische Antidiskriminierungspolitik, die die Erfahrungen aller MigrantInnen, Schwarzer Deutscher, Roma und Sinti, Jüdinnen und Juden und insgesamt von People of Color berücksichtigt. Systematische Ausschlüsse bei Bildung, aber auch auf den Ausbildungs-, Arbeits- und Wohnungsmärkten, in der Pflege und in anderen Bereichen sind nur bedingt mit einer Migrationserfahrung verbunden. Statt einer «Integrations»-Debatte, die sich auf angebliche Defizite von MigrantInnen fixiert und soziale Spaltungen zementiert, sollte eine systematische Teilhabe-Förderung in den Mittelpunkt gestellt werden. In Berlin und Nordrhein-Westfalen gibt es seit kurzem entsprechende gesetzliche Regelungen. Organisationen von People of Color, MigrantInnen, Schwarzen, Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma sind in die Erarbeitung entsprechender Förderprogramme einzubeziehen.

Dies gilt auch für die Flüchtlings- und Asylpolitik: Weit über linke und antirassistische Spektren hinaus wird mittlerweile der Kollaps der EU-Flüchtlingspolitik (insbesondere der Dublin-II-Verordnung) beklagt. Das Verständnis von «Flüchtlingen», das dieser Politik zugrunde liegt, ist nicht mehr zeitgemäß. Der vor dem Hintergrund der Blockkonfrontation geprägte Begriff genügt weder den veränderten Fluchtursachen noch dem Profil oder den Wegen heutiger Flüchtlinge. Zudem begünstigt die momentane Politik die EU-Mitglieder im Norden, sorgt aber in Ländern wie Griechenland oder Italien für katastrophale Bedingungen (siehe den Artikel von V. Tsianos auf Seite 15). Es wäre sinnvoll, den Forderungen der Flüchtlingsräte nachzukommen und ein geordnetes Resettlement-Programm einzurichten. Durch die Zusicherung einer Aufnahme, sichere Wege und vor allem gute Bedingungen im Aufnahmeland ließen sich nicht zuletzt tausende Leben retten, die derzeit im Mittelmeer enden.

KORAY YILMAZ-GÜNAY IST REFERENT FÜR MIGRATION IN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

SEVIM DAĞDELEN

GLEICHE RECHTE FÜR ALLE

DIE FLÜCHTLINGSFRAGE IST EINE FRAGE DER GLOBALEN SOZIALEN GERECHTIGKEIT

Nach Schätzungen des UN Flüchtlingshilfswerks UNHCR liegt die Gesamtzahl aller Menschen, die sich weltweit in einer Fluchtsituation befinden, bei über 40 Millionen. Den offiziellen Flüchtlingsstatus des UNHCR besitzen dabei nur etwa zehn Millionen.

Die Mehrheit flieht vor den Folgen des Neokolonialismus und neoliberaler Politik wie Privatisierung, Deregulierung und Anpassung aller Lebensverhältnisse an das Weltmarktdiktat. Armut und Hunger, die ökologischen Folgen eines entfesselten Kapitalismus wie Dürren und Überschwemmungen und Konflikte um Bodenschätze zwingen viele, ihre Heimat Richtung Europa zu verlassen. Für immer mehr Menschen werden die Ägäis, der Kanal von Sizilien, die Meerenge von Gibraltar oder die Gewässer um die Kanarischen Inseln zu ihrem Grab. Das UNHCR geht davon aus, dass seit Jahresbeginn bereits mehr als 1.200 afrikanische Bootsflüchtlinge im Mittelmeer ertrunken sind. Da es keine offiziellen Statistiken über die Toten an den EU-Außengrenzen gibt, zählen die Informationen der Nichtregierungsorganisation «Fortress Europe» zu den wenigen verfügbaren Quellen. Demzufolge sind zwischen 1988 und August 2011 etwa 17.800 Menschen an den europäischen Grenzen gestorben, davon mehr als 8.000 beim Versuch, das Meer zu überqueren. Diejenigen, die trotz aller Hindernisse in die «Festung Europa» gelangen, werden täglich daran erinnert, dass sie nicht willkommen sind.

Fast überall werden sie rassistisch ausgegrenzt und müssen zusammengedrängt in Massenunterkünften wohnen. In Deutschland erhalten sie meist keine Arbeitserlaubnis und dürfen den Landkreis, dem sie zugewiesen sind, nicht verlassen. Wer und für wie lange nach Deutschland kommen darf, wird maßgeblich von Kriterien der ökonomischen Nützlichkeit bestimmt, das heißt nach der Verwertbarkeit der Arbeitskraft. Viele Flüchtlinge arbeiten zum Beispiel in Privathaushalten, wo sie putzen, die Kinder erziehen sowie Alte und Kranke pflegen. Ohne Arbeitserlaubnis und ohne legalen Aufenthaltsstatus sind sie ihren ArbeitgeberInnen völlig ausgeliefert. Erniedrigende Behandlung und sexistische Übergriffe sind daher

nicht selten. Allein in Deutschland leben nach Schätzungen bis zu eine Million Menschen ohne Papiere.

Für DIE LINKE ist der Kampf um gleiche Rechte und ein gutes Leben für alle das Gebot einer linken und sozialistischen Politik. Ihre Flüchtlingspolitik richtet sich nach humanitären Gesichtspunkten, so dass Menschenrechte und der Schutz von Hilfebedürftigen im Vordergrund stehen und nicht ordnungspolitische oder ökonomische Überlegungen. Deshalb setzt sich DIE LINKE seit Jahren für die Abschaffung der Grenzschutzagentur Frontex ein, die das wichtigste Abschottungsinstrument der EU darstellt. Sie lehnt auch die Dublin-II-Verordnung ab, weil damit ein faires Asylverfahren ausgehebelt wird. Zudem fordert sie, Gefährdungen durch bürgerkriegsähnliche Zustände und Auseinandersetzungen zwischen nichtstaatlichen Akteuren als Asylgrund anzuerkennen. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen uneingeschränkt Geltung finden, und die UN-Kinderrechtskonvention muss vollständig umgesetzt werden.

DIE LINKE will grundsätzlich dem Krieg gegen Flüchtlinge ein Ende setzen: Sie fordert für Deutschland die Schließung aller Abschiebeknäste und die Durchsetzung sozialer Rechte, darunter die freie Wahl des Wohnortes, die Abschaffung der «Residenzpflicht» sowie die Aufhebung der Unterbringung in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften. DIE LINKE fordert auch die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Es ist an Zynismus kaum zu überbieten, dass trotz der allgemeinen Preissteigerung von fast 32 Prozent seit 1993 die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nie angehoben wurden. Dadurch liegt die monatliche Sozialhilfe für Flüchtlinge 30 Prozent unter den Regelsätzen der Grundsicherung. Die Anpassung der Leistungen für AsylbewerberInnen, wie sie auch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 zum Grundrecht auf menschenwürdige Existenzsicherung zwingend erforderlich macht, ist daher nur eine Minimalforderung.

SEVIM DAĞDELEN IST MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITISCHE SPRECHERIN DER FRAKTION DIE LINKE IM BUNDESTAG

DARIO STEFANO DELL'AQUILA

SELBSTORGANISIERTE KÄMPFE

IN ITALIEN WEHREN SICH MIGRANTINNEN GEGEN DIE EINWANDERUNGSPOLITIK

Die Einwanderungssituation wird in Italien als Staatsnotstand wahrgenommen. Dabei ist Migration eine gesellschaftliche Normalität. Nach offiziellen Schätzungen leben rund 4,2 Millionen MigrantInnen und mindestens 700.000 «Illegale» in Italien. Eine wirkliche Integrationspolitik aber gibt es nicht.

Nicht zuletzt durch die Flucht Tausender vor den Konflikten in Nordafrika wurden die Schwächen des italienischen Migrationssystems offenbar, das auf «Quoten» und auf die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern setzt. Die Einführung von Einwanderungsquoten hat de facto Hunderttausende MigrantInnen illegalisiert. Die offizi-

ellen Quoten werden dem Bedarf in keiner Weise gerecht. In diesem Jahr liegen sie für alle Herkunftsländer bei knapp 100.000 MigrantInnen, wobei je nach Herkunftsland Einschränkungen gelten. Darüber hinaus ist das bürokratische Verfahren, um eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, langwierig und kompliziert. Im Laufe der letzten Jahre haben MigrantInnen begonnen, sich gegen diese Zustände zur Wehr zu setzen, und sich dabei ein hohes Maß an Autonomie gegenüber den traditionellen linken Organisationen und italienischen Gewerkschaften erkämpft. So ist zum Beispiel das «Komitee von MigrantInnen in Italien» entstanden, ein Netzwerk



Li Wei: «29 levels of freedom», 2003, Beijing

von Initiativen, Verbänden und Basisgewerkschaften. Ihre erste Forderung an die italienische Regierung war die nach der «Legalisierung» der bereits in Italien lebenden MigrantInnen. Am 17. Oktober 2009 organisierte das Komitee eine Demonstration in Rom, an der über 100.000 Menschen teilnahmen. Außerdem beteiligten sich in den vergangenen zwei Jahren Tausende von Illegalisierten jeweils am 1. März am «Tag des Streiks der MigrantInnen».

Die Organisationen der MigrantInnen zeichnen sich vor allem durch die Radikalität ihrer Forderungen aus. Außerdem sind sie im Vergleich zu den eng mit den Parteien verbundenen Gewerkschaften und Verbänden deutlich unabhängiger. Extreme Ausbeutung und rassistische Übergriffe haben in einigen Fällen zu Protesten geführt, die die Form von Revolten angenommen haben, so etwa 2008 in Castel Volturno, Kampanien, nachdem sechs MigrantInnen aus Nigeria in einem Hinterhalt von einem Auftragsmörder aus dem Milieu der Organisierten Kriminalität getötet worden waren: Nicht nur Angehörige und Freunde der Opfer gingen danach auf die Straße, sondern auch Tausende von anderen MigrantInnen. Sie errichteten Barrikaden und stürzten Autos um.

Die Wut war groß, die Revolte dauerte mehrere Tage. Die überwiegend aus Ghana und Nigeria stammenden MigrantInnen waren schon lange Ziel von Aggression und Gewalt. In der Regel blieb dies ungesühnt, weil die Polizei keine Ermittlungen einleitete. Nicht so in diesem Fall. Der Mörder konnte gefasst werden. Im Januar 2010 kam es in Rosarno, Kalabrien, zu einem Aufstand von rund 2.000

EinwanderInnen, nachdem auf eine Gruppe afrikanischer SaisonarbeiterInnen geschossen worden war, wobei zwei Personen schwer verletzt wurden. Die Lebensbedingungen der SaisonarbeiterInnen waren so unmenschlich, dass selbst ein Beamter des Innenministeriums sie offen kritisierte.

In der Kritik stehen auch die italienischen Flüchtlingslager. Bis zu 18 Monate müssen MigrantInnen hier verbringen. Die Situation in den Lagern ist Gegenstand zahlreicher Anzeigen und strafrechtlicher Ermittlungen. Viele Fälle von Missbrauch und Gewalt durch die Polizei sind dokumentiert. Immer häufiger kommt es zu Unruhen und Protesten. Nach einem Aufstand der Insassen wurde das neuste, erst in diesem Frühjahr eröffnete Flüchtlingslager nach nur zwei Monaten wieder geschlossen. Die Lagerinsassen hatten in Zelten auf einem betonierten Hof übernachten müssen.

Wenn die gute Nachricht ist, dass sich MigrantInnen in Italien immer häufiger selbst zu Wehr setzen, so ist die schlechte Nachricht, dass die Regierungsmehrheit weiterhin eine rassistische Politik betreibt. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Äußerung des Abgeordneten Mario Borghezio von der mitregierenden Lega Nord nach dem Massaker in Norwegen durch Anders Breivik: «100 Prozent der Ideen Breiviks sind richtig, manche sind sogar ausgezeichnet. Es ist die Schuld der Migranteninvasion, wenn diese Ideen in Gewalt münden.»

DARIO STEFANO DELL'AQUILA IST ÖKONOM UND JOURNALIST
ÜBERSETZUNG: ANTONELLA MUZZUPAPPA.

WILLKOMMEN ZU HAUSE

DIE FILMEMACHERIN ELIZA PETKOVA ÜBER DIE SITUATION DER ROMA IN KOSOVO

Eliza Petkova ist Autorin, Philosophin und Regisseurin. Im Jahr 2010 hat sie mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung den Film «Willkommen zu Hause» gedreht und darin die Situation der Roma nach ihrer Abschiebung nach Kosovo thematisiert.

Wie sind Ihre Erfahrungen mit deutscher Flüchtlingspolitik?

Petkova: Was die deutsche Flüchtlingspolitik betrifft, scheint mir der Begriff Menschenwürde eine bloße Abstraktion zu sein. Ich empfinde die bestehende Politik gegenüber Flüchtlingen als Widerspruch zu den allgemeinen Menschenrechten und war bei Begegnungen mit Flüchtlingen oft sprachlos. Ich habe Menschen getroffen, die als «Gesetzesbrecher» bestraft wurden, weil sie ihre Residenzpflichtgrenze um fünf Kilometer überschritten hatten. Später bekamen die gleichen Menschen eine Drohung vom Ausländeramt, dass ihre Abschiebung bald durchgeführt würde, da sie mit Journalisten über die absurde Bestrafung gesprochen hatten.

Ich habe Menschen kennen gelernt, die seit neun Jahren als Geduldete in Deutschland leben, sich wünschen, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten und bereits mehrere Arbeitgeber hatten, die sie einstellen wollten, wenn ihnen eine Arbeitserlaubnis erteilt würde. Eine Arbeitserlaubnis haben sie aber nicht erhalten. Stattdessen wurden sie abgeschoben. Die Begründung: Sie seien nicht genug in die deutsche Gesellschaft integriert. Ich habe Menschen getroffen, deren Ehepartner und Kinder abgeschoben wurden und die somit über Nacht ihre gesamte Familie verloren haben. All diese Fälle sind keine

Ausnahmen von besonderer persönlicher Tragik, sondern sie sind die Regel.

Wie war die Situation für die Abgeschobenen im Kosovo?

Petkova: Keiner der abgeschobenen Roma, die unser Filmteam im Kosovo getroffen hat, definierte Kosovo als seine Heimat. Die meisten können die amtliche Sprache nicht; zudem haben sie Angst,

sich frei zu bewegen. Sie fürchten sich vor rassistischen Übergriffen. Oft besuchen die Kinder und Jugendlichen nicht die Schule; die abgeschobenen Roma erwarten Arbeitslosigkeit und einen alltäglichen Kampf um die nackte Existenz. Die Lebenssituation der Roma im Kosovo könnte man mit drei Begriffen zusammenfassen: Armut, Angst und Aussichtslosigkeit.

Wie bewerten Sie die Roma-Strategie der EU-Kommission?

Petkova: Das Ziel, Verbesserungen bei der Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsvorsorge und beim Wohnraum anzustreben, finde ich plausibel. Dennoch behaupte ich, dass wir aktuell nicht davon sprechen können, dass dieses Ziel erfolgreich realisiert wird. Ganz im Gegenteil: In Ost- und Westeuropa wächst die Ablehnung der Roma-Minderheit. In den Medien sind fast wöchentlich Berichte zu finden, die die «Romaphobie» anheizen. Ich bin keine Politikerin und kenne mich nicht mit Strategien aus, aber ich glaube, dass es nicht um Integration gehen sollte, sondern um Anerkennung. Es kann keinen Dialog und keine positive Entwicklung geben, solange die Mehrheit der Meinung ist, dass die Roma sich an die vorgeschriebenen Spielregeln und Werte anpassen müssen. Es sollte eine Kommunikation stattfinden, die auf Anerkennung beruht, statt auf anmaßender Weise zu Anpassung und Integration aufzufordern. Zuhören und Verstehen wäre besser. Stattdessen wird diesen Menschen mit einem Bauplan in der einen und einer Schleifmaschine in der anderen Hand begegnet.

Wie könnte Ihrer Meinung nach Solidarität mit den Flüchtlingen aussehen?

Petkova: Ich halte die Schulen und Universitäten für geeignete Orte, um eine Auseinandersetzung mit der Flüchtlingsthematik zu führen. Viele Schüler, die zusammen mit geduldeten Kindern in einer Klasse sind, wissen nicht, was genau der Status der Duldung bedeutet. Wenn im Ethikunterricht die deutsche Flüchtlingspolitik im Zusammenhang mit dem Begriff der Menschenwürde untersucht werden könnte, würden viele Jugendliche für die Lage ihrer Mitschüler sensibilisiert. So könnte man vielleicht sogar ein aktives Engagement der Schülerinnen und Schüler erreichen.

**DAS INTERVIEW FÜHRTEN
KORAY YILMAZ-GÜNAY UND AXEL KRUMREY**



Eliza Petkova

NOBORDER AKTIVISTINNEN

CAMPEN GEGEN GRENZEN

MIGRATIONSREGIME IN BULGARIEN VERSCHÄRFT SICH

Der Beitritt Bulgariens zum Schengenbereich rückt näher und damit die Aufrüstung der neuen Außengrenzen. Dies hat Folgen für die Fluchtwege von MigrantInnen, wenn sie versuchen, Europa über die Türkei zu erreichen.

Die Vorbereitungen zu einer stärkeren Grenzsicherung – eine Bedingung für den Beitritt – sind bereits im Gange. Dabei wird der Beitrittskandidat nicht nur mit technischer Grenzsicherungsausrüstung ausgestattet, sondern bekommt auch neue Auffang- und Abschiebelager finanziert. Entsprechend hat die dabei unterstützende EU Grenzschutzagentur Frontex ihre Aktivitäten in Griechen-

land und Bulgarien entlang der südöstlichen Grenze ausgeweitet. Die Verschärfung des europäischen Grenzregimes bedeutet jedoch nicht nur eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit, sondern auch eine Verschlechterung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen und MigrantInnen in der Region.

Vor diesem Hintergrund fand vom 25. bis 29. August 2011 in Siva Reka, Bulgarien – im Dreiländereck zu Griechenland und der Türkei – ein Noborder Camp statt. Die thematischen Schwerpunkte waren unter anderem die Militarisierung von Grenzen, die Kriminalisierung von MigrantInnen und Flüchtlingen, der Nationalismus in

Bulgarien und die Ausbeutung von MigrantInnen als Arbeitskräfte. Schon Tage vorher reisten AktivistInnen an, nicht nur um ihre Zelte am Rande des Dorfes Siva Reka aufzubauen, sondern auch, um das Anliegen in der Region bekannt zu machen. Die Menschen in der Grenzregion sollten auf die Gründe von Flucht und Migration und auf die Lage von MigrantInnen in Bulgarien, vor allem in den Lagern, aufmerksam gemacht werden. So wurden im Vorfeld zum Teil gut besuchte Filmvorführungen veranstaltet. Wie in vielen anderen Ländern gibt es auch in Bulgarien Stimmen von rechts gegen den Schengenbeitritt, etwa mit dem Verweis auf Flüchtlinge und MigrantInnen, die Bulgarien «überrennen» würden. In den Diskussionen zeigten die Anwesenden durchaus Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung. Nur wenige wussten über die aktuellen Veränderungen an der EU-Außengrenze und in den Internierungslagern Bescheid.

Die Demonstrationen, die in den folgenden Tagen stattfanden und die eine der südlichsten Grenzen der EU zum Ziel hatten, sollten sensibilisieren für die Menschenrechtsverletzungen gegen MigrantInnen, ebenso wie für ihre permanente Diskriminierung. Höhepunkt der Aktionen war die symbolische Niederlegung abgetragener Schuhe am Eingang des bulgarischen Grenzpolizeireviere im Gedenken an MigrantInnen, die auf ihrem Weg in die Europäische Union ihr Leben verloren haben. Eine andere Aktion richtete die Aufmerksamkeit auf die Grenzen selbst. Symbolische globale Reisepässe wurden in Svilengrad verteilt, an der Grenzkontrolle wurden diese jedoch abgewiesen. Andere Aktionen reichten von Straßentheater, auf dem Polizeigewalt thematisiert wurde, über ein

kollektives Die-In bis zu einer Schweigeminute, um all jenen zu gedenken, die wegen der europäischen Grenzen und der rassistischen Politik leiden und kämpfen müssen – oder ihr Leben verloren.

Das Die-In ist eine Aktionsform des gewaltlosen Widerstands. Dabei legen sich DemonstrantInnen in der Öffentlichkeit auf ein Signal plötzlich wie tot zu Boden, um zu demonstrieren, dass man einen bestimmten politischen Sachverhalt für lebensbedrohend oder unmenschlich hält. «Segregationspolitiken existieren auch in dem Land, aus dem ich komme, wo Leute abgeschoben werden oder isoliert in Flüchtlingslagern leben müssen. Rassismus ist in nationalen Gesetzen verankert, die zum Beispiel die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen dramatisch einschränken», sagte die Aktivistin Nora Bird aus Deutschland. Am Montag, den 29. August, demonstrierten die AktivistInnen vor dem Internierungslager im nahegelegenen Lyubimec für Solidarität mit denen, die in diesen «Gefängnissen» eingesperrt sind. Laut Informationen der Leitung des Abschiebelagers, das seit März 2011 in Betrieb ist, befinden sich derzeit 33 Gefangene im Lager. Wie überall in der Europäischen Union, wird so Druck ausgeübt, damit die MigrantInnen «freiwillig zurückkehren». Wer nicht geht, der oder dem droht die Abschiebung.

Das Gefängnis, von dem die Behörden behaupten, dass es keines sei, bietet Platz für 300 Gefangene. Menschenrechtsorganisationen verurteilen fortwährend die Zustände in diesen Einrichtungen, in denen Menschen vor einer möglichen Abschiebung monatelang festgehalten werden können. An der Demonstration nahmen rund 300 AktivistInnen teil. Am Ende bedankten sich die Gefangenen. Auf ein schnell gemaltes Transparent schrieben sie «thank you».

Li Wei: «Bright apex», 2007, Beijing



ANGELA ISPHORDING

WILLKOMMEN IN DER HÖLLE

TRANSMIGRANTINNEN IN MEXIKO SIND VON MORD UND ENTFÜHRUNGEN BEDROHT

Gut ein Jahr ist es her, seit die Polizei im nordmexikanischen San Fernando 72 ermordete MigrantInnen auf einer Ranch fand. Den Hinweis hatte ein honduranischer Migrant gegeben, der flüchten konnte. Im August dieses Jahres zog der Länderverantwortliche für Mexiko bei Amnesty International Rupert Knox in seiner Erklärung zum Jahrestag des Verbrechens den Schluss, dass die mit viel Publicity verkündeten Maßnahmen der Regierung wirkungslos gewesen seien.

Nach Aussage der mexikanischen Menschenrechtskommission CNDH wurden allein zwischen April und September vergangenen Jahres 11.333 MigrantInnen in Mexiko entführt. 2009 publizierte die CNDH eine Studie, in der auf der Grundlage von Interviews mit Betroffenen die Mechanismen des «Business» dargelegt wurden. Der «normale» Ablauf einer Entführung: Die MigrantInnen werden aufgegriffen, an einen abgelegenen Ort gebracht und dort solange gefoltert und vergewaltigt, bis ihre Angehörigen in den USA die verlangte Summe beglichen. Wer nicht zahlt, wird umgebracht. Der Bericht legt auch die Verquickung zwischen dem organisierten Verbrechen und den staatlichen Organen Mexikos offen.

Mexiko und Zentralamerika erleben gegenwärtig eine der im weltweiten Vergleich dynamischsten und schwierigsten Situationen von interner und externer Migration. Die mexikanische Menschenrechtskommission schätzt die Zahl der Transit-Migration auf über eine halbe Millionen Menschen pro Jahr. Sie zahlen dafür zwischen 4.000 und 15.000 US-Dollar. Schätzungen zufolge ist der Menschenhandel für das organisierte Verbrechen mittlerweile fast so lukrativ wie der Handel mit Drogen. Nach Aussage des mexikanischen Bischofs Raúl Vera López bringen allein die Entführungen der TransmigrantInnen rund 50 Millionen ein. Etwa drei Milliarden US-Dollar teilen sich die Kartelle mit korrupten PolizistInnen auf beiden Seiten der Grenzen.

Die Grenze ist keine geographische Trennlinie zwischen vier Ländern, sondern ein Repressionsapparat. Er überzieht ganz Mexiko mit Verwahranstalten und Migrationskontrollen. Die Finanzierung der GrenzwachterInnen wird unter anderem aus Geldern des Plan Mérida bestritten. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung verschieben hier die USA klammheimlich ihre Grenze nach Süden. Nach Aussage von Camilo Pérez Bustillo, Professor für Menschenrechte an der Universität von Mexiko-Stadt (UACM) und Mitglied des internationalen Netzwerks von MigrantInnen, Flüchtlingen und Vertriebenen «Miredes», würden Mauern gebaut, Grenzen verschoben, ganze Territorien militarisiert und MigrantInnen kriminalisiert, allein mit dem Ziel, die richtigen Arbeitskräfte am richtigen Ort zur richtigen Zeit und zu den richtigen Kosten bereitzu-

stellen. Die Migration der verarmten Bevölkerungen in die industriellen Machtzentren dieser Welt setzt expansionistische, merkantilistische und kolonialistische Politiken vorangegangener Jahrhunderte fort. Eine Auseinandersetzung mit den ökonomischen und sozialen Problemen, die der Migration zugrunde liegen, stellt für keinen der Nationalstaaten eine Priorität dar.

Die von den USA und Europa verfolgte Politik erfordert die ständige Ausweitung der Mittel, die in die Kontrolle und den Ausbau der nationalen Sicherheit fließen. Die Folgen sind schärfere Grenzkontrollen, die Kriminalisierung der migrierenden Menschen und die Beschneidung ihrer Menschenrechte. MigrantInnenorganisationen fordern daher in Abgrenzung zum herrschenden Wirtschaftsmodell, das auf der Ausbeutung von Ressourcen und Menschen beruht, ein neues globales Entwicklungsmodell. Dazu gehört auch das Recht auf Nicht-Migration – ein Konzept, das bei MigrantInnenorganisationen in Europa oder den USA oft auf Unverständnis stößt. Dahinter steht die Forderung indigener und bäuerlicher Gemeinden nach einer nachhaltigen, die Ressourcen schonenden Entwicklung ihrer Territorien, damit dort ein menschenwürdiges Leben in Harmonie mit der lokalen Kultur und Umwelt möglich ist. In der Deklaration des Migrationsforums in Quito vom Oktober 2010 klingt das folgendermaßen: «Wir verteidigen das Recht auf Verwurzelung als Ausdruck der Wahrung unserer ökonomischen, sozialen und Umweltrechte, auf Bewegungsfreiheit und Rückkehr, das Recht zu migrieren, nicht zu migrieren und das Recht, nicht vertrieben zu werden.»

Bislang sind es in den Ländern Mesoamerikas vor allem die Kirchen und selbstorganisierte MigrantInnen, die versuchen, der menschenfeindlichen Migrationspolitik der Aufnahmeländer etwas entgegenzusetzen. Die linken Kräfte der Region haben bislang keine klare Position zum Thema Migration. Möglicherweise liegt dies daran, dass ihre Politiken an die Logik des Nationalstaats gekoppelt sind. Die MigrantInnen stellen keine traditionelle Wählergruppe dar, sondern bilden eher transnationale Staatsbürgerschaften aus, meist ohne die Möglichkeit zur Wahlbeteiligung in ihren Herkunftsländern. Auch in Europa und den Vereinigten Staaten sind Spannungen zwischen den Gewerkschaften und MigrantInnenorganisationen an der Tagesordnung. Gewerkschaften nehmen MigrantInnen nicht selten als billige Arbeitskraftkonkurrenz wahr. So kommt es vor, dass Unternehmerverbände in den USA Arbeitsvisa für MigrantInnen fordern, während linke Gewerkschaften sich dagegen aussprechen.

ANGELA ISPHORDING IST REGIONALREFERENTIN FÜR LATEINAMERIKA IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DER GESPRÄCHSKREIS «MIGRATIONS POLITIK» arbeitet seit 2007 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Während die Assoziationen mit dem Begriff Migration sehr unterschiedlich sind, vermittelt der Gesprächskreis einen rassistuskritischen Grundton und bezieht somit auch Ausgrenzungserscheinungen gegenüber bestimmten Gruppen in die Betrachtungen ein. Er versucht Empowermentansätze zu befördern, indem er Menschen miteinander und über sich selbst sprechen lässt. Migration gilt dabei als Querschnittsthema, das nicht zuletzt Geschlechter- und Klassenperspektiven aufgreift. Weitere Informationen sind unter www.rosalux.de/?id=22030 zu finden.



«Freiheit zum Andersdenken». Foto: Marcel Noack

KATRIN SCHÄFGEN

AMBIVALENTE ENTWICKLUNG

ZUR STIPENDIENSITUATION IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Zahl der Stipendien hat sich seit dem Jahr 2005 kontinuierlich erhöht, im Jahr 2010 machte sie nochmals einen deutlichen Sprung (siehe Grafik). Gegenüber 2004 bedeutet dies für die Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fast eine Verdreifachung der Stipendien. Besonders deutlich sind dabei die Stipendien für Studierende gestiegen.

Hintergrund dieser Entwicklung ist das zu Beginn ihrer Amtszeit von Bildungsministerin Annette Schavan proklamierte Ziel, bis zum Ende der Legislatur (2009) die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein Prozent aller Studierenden in Deutschland ein Stipendium eines der zwölf Begabtenförderwerke erhalten kann. Die Erhöhung der «Begabtenförderung» in Deutschland stellte das Gegenstück zum Ausbau des BAföG dar. Dieses Ziel wurde bereits Ende 2009 erreicht und im Jahr 2010 «übererfüllt». Daher wurde in diesem Jahr die Zahl der zu vergebenden Studienstipendien auf dem Stand von 2009 eingefroren. Zugleich wurde eine dritte Säule der Studienfinanzierung neben BAföG und Begabtenförderung etabliert: das Deutschlandstipendium. Dieses stellt mit seiner Ko-Finanzierung durch private Mittelgeber den Ausstieg aus der öffentlichen Bildungsfinanzierung dar. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die Deckelung der Stipendien nach den Jahren des raschen Wachstums ein Problem, weil wir gegenwärtig bei einer wachsenden Zahl von Bewerbungen nur sehr wenige Studienstipendien vergeben können. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass die Begrenzung der Stipendien zu einer Zeit erfolgt, da wir mit unserem neuen Förderprogramm «Lux like Studium» an den Start gegangen sind. (Siehe Interview auf Seite 28) «Lux like Studium» vergibt Stipendien an Studierende mit nichtaka-

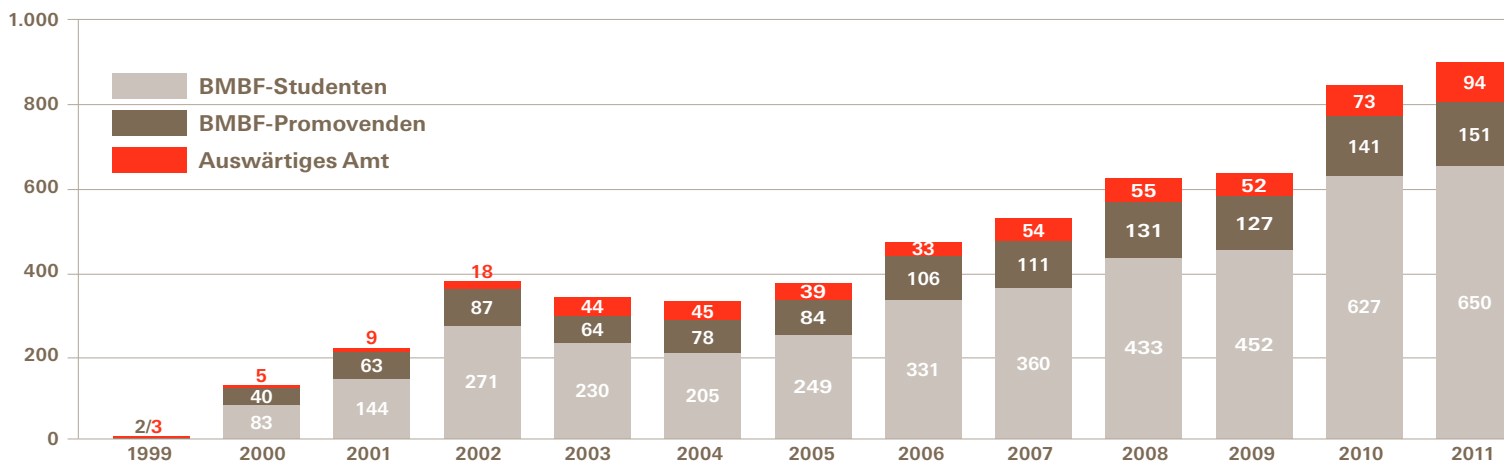
demischem Bildungshintergrund. Das Programm «Lux like Studium» ist Teil des BMBF-geförderten Sonderprogramms zur Förderung von unterprivilegierten bzw. unterrepräsentierten Gruppen in der Begabtenförderung, das in Reaktion auf eine Studie des Hochschul-Information-Systems (HIS) aus dem Jahre 2009 aufgelegt wurde. Die Studie wies nach, dass die Begabtenförderung sozial ungerecht ist, weil sie überproportional Studierende aus akademischen und sozial besser gestellten Familien fördert. Hier sollte das Sonderprogramm Abhilfe schaffen, indem es durch eine verstärkte Förderung sozial benachteiligter oder unterrepräsentierter Gruppen die soziale und/oder fachliche Zusammensetzung der Stipendiatenschaft der Förderwerke verändert.

Das zeitliche Zusammentreffen von Deckelung der Stipendien und Start des Sonderprogramms führt in der Rosa-Luxemburg-Stiftung aktuell dazu, dass zum 1. Oktober 2011 ausschließlich BewerberInnen im Rahmen des Programms «Lux like Studium» berücksichtigt werden konnten. Die BewerberInnen um ein reguläres Studienstipendium können – in vergleichsweise kleiner Zahl – erst zum 1. April 2012 in die Förderung aufgenommen werden. Zugleich bedeutet dieses zeitliche Zusammentreffen nicht nur eine steigende Konkurrenz zwischen BewerberInnen um ein Studienstipendium, sondern auch zwischen den verschiedenen Zielgruppen der Stiftung: Frauen, Studierende mit Migrations- und/oder nicht akademischem Bildungshintergrund oder mit Behinderungen. Allerdings ist davon auszugehen, dass diese Situation eine vorübergehende ist; in dem Maße, wie in den kommenden zwei Jahren die starken Zugänge aus unserer Förderung ausscheiden, werden wir auch wieder neue Stu-

dierende fördern können. Auch sind die anderen Stipendienarten von diesen Einschränkungen nicht betroffen: Die Promotionsförderung werden wir auf hohem Niveau halten können und bei den Stipendien des Auswärtigen Amtes für ausländische Studierende und DoktorandInnen haben wir aufgrund des neu festgelegten Vertei-

lungsschlüssels zwischen den politischen Stiftungen in diesem Jahr eine erfreuliche Ausweitung erfahren, die auch für die künftigen drei Jahre gilt.

KATRIN SCHÄFGEN IST DIREKTORIN DES STUDIENWERKS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



LUX LIKE CHANCENGLEICHHEIT

NINA BORST UND SONGÜL BITIŞ ÜBER DAS PROGRAMM «LUX LIKE STUDIUM»

Nina Borst und Songül Bitiş koordinieren neben Diane Benkert das Sonderprogramm für StipendiatInnen «Lux like Studium» im Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Was genau ist das neue Förderprogramm «Lux like Studium»?

Borst: «Lux like Studium» ist ein neues Stipendienprogramm in der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Studieninteressierte und Studierende ohne akademischen Bildungshintergrund. Im Gegensatz zum regulären Förderprogramm spricht es Personen an, die ihr Studium noch nicht begonnen haben. Wir fördern diese Gruppe direkt ab dem ersten Semester.

Worin liegt das Spezifische für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, und wo setzt ihr einen linken Anspruch um?

Borst: Links ist zunächst einmal, dass wir gezielt das strukturelle Problem angehen, dass in Deutschland nach wie vor der Bildungserfolg und die soziale Herkunft eng zusammenhängen. Die Stiftung möchte hier mehr Chancengleichheit herstellen. Wir sprechen uns dezidiert gegen eine Individualisierung von Bildungserfolg aus. Unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten können sich auch im universitären Raum fortsetzen: Über welche Kontakte verfügen Studierende, über welche sprachlichen Codes, oder wie viel Vertrauen haben Studierende in die eigenen Erfolgsmöglichkeiten?

Bitiş: Spezifisch links ist auch die begleitende ideelle Förderung, bei der gesellschaftspolitische Themen aufgegriffen und die StipendiatInnen in die inhaltliche Konzeption mit einbezogen werden. Schließlich bietet «Lux like Studium» die Möglichkeit, neue und oftmals jüngere StipendiatInnen zu politisieren oder in ihrer politischen Sozialisation zu bestärken.

Welchen Begriff benutzt ihr, wenn ihr von eurer Zielgruppe spricht?

Borst: In der Öffentlichkeit wird oftmals der Begriff «bildungsfern» verwendet. Wir wenden uns explizit gegen diese defizitäre und normative Ausrichtung und haben den Begriff «ohne akademischen Bildungshintergrund» gewählt.

Wie viele StipendiatInnen wurden jetzt aufgenommen?

Bitiş: Wir hatten in unserer ersten Bewerbungsrunde etwa 150 Bewerbungen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt jedoch keine zusätzlichen Mittel für die neuen Stipendien zur Verfügung, wodurch wir in dieser Bewerbungsrunde nur 19 StipendiatInnen aufnehmen konnten. Aber auch das reguläre Stipendienprogramm fördert Personen ohne akademischen Bildungshintergrund, «Lux like Studium» kann zu einer Sensibilisierung dieser Förderpraxis führen.

Was passiert noch 2011, und wie geht es im nächsten Jahr weiter?

Bitiş: Momentan startet das Mentoring «Lux like Mentoring», in dem aktuelle und ehemalige StipendiatInnen der Stiftung neu aufgenommene StipendiatInnen begleiten und unterstützen.

Borst: Ein weiterer Schwerpunkt wird im Jahr 2012 eine Reihe zum Thema Bildungsungleichheit in Kooperation mit unterschiedlichen AkteurInnen. Da Ende 2012 das Projekt formal beendet sein wird, möchten wir zudem in einer großen Abschlussveranstaltung die inhaltlichen Schwerpunkte kritisch diskutieren, reflektieren und dabei auch die Erfolge feiern!

DAS INTERVIEW FÜHRTE MORITZ BLANKE

Nina Borst und Songül Bitiş
Foto: Erwin Heil, RLS





Ana Dević und Boris Kanzleiter. Foto: Vladan Jeremić

BORIS KANZLEITER

KRITIK ALLES BESTEHENDEN

KORČULA SOMMERSCHULE KNÜPFT AN DIE TRADITION DER PRAXIS-GRUPPE AN

Es war ein einmaliger Ort des Austauschs über die Grenzen des Kalten Krieges hinweg. Zwischen 1963 und 1974 trafen sich auf der kroatischen Adriainsel Korčula kritische Intellektuelle aus Ost und West zu einer alljährlichen «Sommerschule».

Die Räume des kleinen Korčulaner Kulturhauses wurden für einen Moment zu einem Zentrum weltweiter Debatten um die Neubestimmung kritischer Philosophie, Soziologie und, untrennbar damit verbunden, der politischen Perspektivsuche. Herbert Marcuse, Ernst Bloch, Jürgen Habermas, Zygmunt Baumann und Agnes Heller sind nur einige Namen aus der langen Liste der internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Organisiert wurde die Veranstaltung von MitarbeiterInnen der in Zagreb herausgegebenen «Philosophischen Zeitschrift Praxis», in der kritische AutorInnen aus ganz Jugoslawien publizierten, die sich der Perspektive des «Humanistischen Sozialismus» verbunden fühlten.

Mit einer internationalen Konferenz nahm die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Diskussion dieses heute kaum mehr bekannten Erbes wieder auf. Vom 12. bis 16. Oktober versammelten sich auf Einladung des Belgrader Büros der Stiftung über 60 historische AkteurInnen von «Praxis» und «Sommerschule» sowie vor allem jüngere WissenschaftlerInnen, die sich aus heutiger Perspektive mit dem Thema beschäftigten. Am historischen Ort der Sommerschule diskutierten sie über den historischen Kontext der Entwicklung des «Humanistischen Marxismus», die Konflikte zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der «Praxis-Gruppe» sowie die Aktualität der Positionen der «Praxis-Philosophie». Gäste aus

Deutschland, Polen, Italien und Ungarn bereicherten die Diskussion mit Beiträgen zum internationalen Kontext.

Ein Höhepunkt war das Panel, an dem mit Zagorka Golubović, Nebojša Popov, Božidar Jakšić, Gajo Sekulić und Lino Veljak AutorInnen von «Praxis» und TeilnehmerInnen der historischen Sommerschule vertreten waren. Professorin Golubović war mit 82 Jahren die älteste Rednerin. In ihrem energischen Beitrag rief sie die jüngeren TeilnehmerInnen zur kritischen Gesellschaftsanalyse und der Entwicklung einer antikapitalistischen Politik auf, die sich auf der Höhe der Zeit bewege. Frau Golubović betonte dabei vor allem die Pluralität der politischen Subjekte.

Im Laufe der Diskussionen wurde deutlich, dass die subjektorientierte Philosophie der «Praxis» im Zusammenhang mit den Konstellationen des Kalten Krieges zu diskutieren ist. Der «Humanistische Sozialismus» stellte eine Gegenbewegung zum Determinismus des «Sowjetmarxismus» dar und knüpfte an Diskussionen der «Frankfurter Schule» und der westlichen «Neuen Linken» an. Wie mehrere ReferentInnen deutlich machten, ist die Opposition zwischen «Humanismus» und «Anti-Humanismus», wie sie vom Praxis-Gegenspieler Luis Althusser vertreten wurde, heute überholt. Im Zentrum der Diskussion über die mögliche Aktualität der «Praxis-Philosophie» stand dagegen die Aufforderung an die Philosophie, als eingreifende Wissenschaft politische Position zu beziehen, so wie sie von der historischen «Praxis» verstanden wurde.

BORIS KANZLEITER LEITET DAS REGIONALBÜRO SÜDOST-EUROPA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN BELGRAD/SERBIEN

ARNDT HOPFMANN/CLAUS DIETER KÖNIG

LEITBILD, BITTE KOMMEN!

VON DER SCHWIERIGKEIT EINER STIFTUNG, SICH SELBST ZU VERORTEN

Vor kurzem hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihr 20-jähriges Bestehen gefeiert. Vor allem nach der im Jahre 1999 endlich erreichten Bundesförderung als parteinahe Stiftung entfaltet sie ihre Aktivitäten im In- und Ausland.

In dem Maße, wie die Komplexität ihrer Arbeit zunimmt und sich auf immer mehr Felder ausdehnt, wächst auch das Bedürfnis nach Selbstverständigung über die innere Motivation und das Besondere im eigenen Wirken im Vergleich zu anderen. Zumal, wenn es darum geht, sich von anderen AkteurInnen im selben politischen Raum zu unterscheiden und doch als einheitliche Organisation erkennbar zu bleiben.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass eine Debatte über die inneren, selbst gesetzten Leitlinien und Vision gerade jetzt zunimmt, wo sich immer mehr Einzelfelder auch als personell eigenständig besetzte Gebiete etablieren. Neben der drängenden Frage danach, welche gemeinsamen Bilder oder Visionen uns leiten, wenn wir Bildungsprogramme initiieren oder Forschungsthemen festlegen, geht es dabei auch um die Selbstverortung gegenüber PartnerInnen und sympathisierenden Institutionen. Worauf lassen sich diese ein, wenn sie mit der Stiftung zusammenarbeiten? Was erwartet sie, wenn sie sich einem linken Think-Tank öffnen? Welche Besonderheit bietet die Stiftung, wenn sie mit Gewerkschaften zusammenarbeitet oder wenn sie sich der Klimathematik zuwendet, um nur zwei Felder zu nennen? Das ist der Hintergrund für die «Leitbilddebatte», die ausgehend vom Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID) nunmehr auf die Stiftung ausstrahlt. Sie muss zu einem guten Ende gebracht werden, soll die Stiftung bei ihrer wachsenden Komplexität immer noch als Ganzes wahrgenommen werden. Eine Diskussion, die kürzlich zu dieser Thematik im Rahmen der alljährlichen Tagung der AuslandsmitarbeiterInnen stattgefunden hat, kann auf erste Ergebnisse verweisen und Stoff für weiteres Nachdenken liefern.

Eine wesentliche Einsicht besteht zum Beispiel darin, dass wir offenbar einen Mehr-Ebenen-Ansatz brauchen. Auf der allgemeinsten Ebene, auf der es um die Vision geht, regte besagte Diskussion an, den Gedanken von Marx aufzugreifen «alle Verhältnisse umzuwer-

fen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist». Also Antikapitalismus zusammen mit dem Streben ins Zentrum zu rücken, mittels des vielfältigen Wirkens der Stiftung, Menschen die Kontrolle über ihre eigenen Lebensumstände zurückzugeben. Was nichts anderes heißt, als den Begriff «Freiheit» von links (neu) zu besetzen. Auf der Ebene der handlungsleitenden Prinzipien, die jede Struktureinheit in detail spezifisch auszugestalten hat, sollen Menschen befähigt werden, ihre Interessen zu formulieren und für deren Durchsetzung politisch zu handeln. Linkes Handeln braucht Pluralität der Interessen und Handlungsformen. Ferner soll internationale Arbeit auch dazu beitragen, Politik im eigenen Land und ihre Ergebnisse aus der globalen Perspektive zu kritisieren, sowie allem Handeln eine fundierte gesellschaftspolitische Analyse voranzustellen. Schließlich muss die Entwicklung von Individualität als ein wichtiges Element solidarischer Gesellschaft angesehen werden.

Auf der Ebene der konkreten Regeln, mit wem wir zusammenarbeiten, sollten – zum Beispiel in der internationalen Arbeit – das offene Bekenntnis zu den jeweiligen Interessen, die einer Partnerschaft zugrunde liegen, handlungsleitend sein. Partnerschaften sollen nicht durch die Verfügbarkeit finanzieller Mittel ausgelöst werden, sondern bereits vorher beginnen und auch dann fortgesetzt werden, wenn die Finanzen nicht im selben Umfang verfügbar sind. Schließlich ist der verantwortungsvolle (rechenschaftsfähige) Einsatz finanzieller Mittel (die ja immerhin Steuergelder sind) keine Forderung an die «anderen», sondern eine gemeinschaftliche Herausforderung für alle, die an der Umsetzung eines Programms beteiligt sind.

Diese Überlegungen sind nicht alle neu, aber sie bedrängen uns zunehmend. Wir müssen sie weiterführen und zu einem vorläufigen Leitbild verdichten, wenn wir als einheitliche und doch komplexe Organisation wahrgenommen und anerkannt werden wollen. Alle sind eingeladen, ihren Beitrag zu leisten.

ARNDT HOPFMANN IST REGIONALREFERENT FÜR AFRIKA IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. CLAUS DIETER KÖNIG LEITET DAS REGIONAL-BÜRO WESTAFRIKA

NADJA CHARABY/VOLKER BELLGART

ENDE DER «EISERNEN FAUST»?

DIE ZUKUNFT DER STAATSUNTERNEHMEN IN VIETNAM

Am 6. Oktober 2011 fand in Hanoi, organisiert von der dortigen Universität für Geistes- und Sozialwissenschaften und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ein internationaler Dialog zur «Rolle von Staats- und Privatunternehmen in Bezug auf Wachstums-erhaltung im Kontext der Finanzkrise» statt.

Vietnams Wirtschaft boomt seit Längerem. Maßgeblich für den Wachstumskurs sind die Staatsunternehmen. Gern spricht man von der «eisernen Faust» der Wirtschaft. Seit Jahren versucht die Regierung, nach dem Modell der südkoreanischen Chaebols (Konzernkon-

glomerate, die häufig unterschiedliche Branchen vereinen und hinter denen meist eine einflussreiche Unternehmerfamilie steht) diese Betriebe zu modernisieren. Diese Politik geht einher mit günstigen Kreditbedingungen und dem Aufbau zahlreicher Tochterunternehmen. Ende 2010 hat allerdings der Skandal um die staatseigene Schiffswerft Vinashin grobe Management- und Investitionsfehler, undurchsichtige Verstrickungen von Politik und Unternehmen sowie eine Verschuldung Vinashins von etwa vier Milliarden US-Dollar zutage gefördert; getoppt wird sie nur noch von den Schulden des

staatlichen Stromerzeugers EVN, die auf mehr als zehn Milliarden US-Dollar geschätzt werden. Die ReferentInnen der Veranstaltung bezogen sich vor allem auf die Situation in Vietnam. Dagegen sprach Benjamin Hoff (DIE LINKE) als Gast zu normativen Anforderungen und praktischen Erfahrungen bei der Kontrolle öffentlicher Unternehmen in Deutschland, speziell in Berlin. Während es bei den wenigen öffentlichen Unternehmen in Deutschland darum geht, sie einem klar definierten Zweck des öffentlichen Interesses zu unterstellen, sollen die Staatsunternehmen Vietnams, zumindest offiziell, die Rolle eines Wachstumsmotors übernehmen.

Dem Effizienzdefizit wird daher oft mit der Forderung nach Privatisierung begegnet, so auch von der Mehrheit der vietnamesischen ReferentInnen, unter ihnen auch der ehemalige Vize-Premierminister Vu Khoan. Er gilt als wichtiger Förderer des vietnamesischen WTO-Beitritts im Jahr 2007. Alternativen, jenseits von «eiserner Faust» und Privatisierung, sowie Fragen der Transparenz oder öffentlichen Kontrolle scheinen in Vietnam nicht Teil der üblichen Diskussion zu sein. Daher war es umso erfreulicher, dass man sich auf

der Veranstaltung diesen Problemen widmete: Wie können der öffentliche Auftrag von Staatsunternehmen und Effizienzsteigerung zusammengehen? Wie können öffentliche Kontrolle und Risikobegrenzung aussehen? Wie viele Staatsunternehmen werden überhaupt in welchem Sektor benötigt?

Die Veranstaltung fand im Rahmen des Projekts «Alternative Linke Theorien» statt, das die Universität und die Stiftung seit 2010 gemeinsam durchführen. Ziel ist, einen politischen Dialog über das vietnamesische Entwicklungsmodell in Gang zu setzen, der auch transformatorische Ansätze jenseits von reiner Wachstumsorientierung beinhaltet. Da einige Punkte zu kurz kamen, darunter die Möglichkeit des Belegschaftseigentums als Alternative zur Privatisierung oder sozial-ökologische Herausforderungen in Krisenzeiten, regte Nadja Charaby in ihrer Abschlussrede an, diese Themen zum Gegenstand weiterer Veranstaltungen zu machen.

NADJA CHARABY LEITET DAS AUSLANDSREGIONALBÜRO SÜDOSTASIEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN HANOI/VIETNAM. VOLKER BELLGART IST ZURZEIT PRAKTIKANT IM AUSLANDSBÜRO IN HANOI/VIETNAM

ANNE ROHWEDDER

EDUCACIÓN POPULAR

EIN SEMINAR IN BRASILIEN SUCHT NEUE ANSÄTZE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Der Tag beginnt mit Mística – einer Mischung aus Theater, Liedern, Rezitationen und Losungen, symbolischen Handlungen. Eine Viertelstunde Programm zwischen Kreativität und Emotionen, Disziplin und Vorschriften, fast ein revolutionäres Pendant zu religiösen Riten. Dazu vielstimmig die Internationale oder die Hymne der «Bewegung der Landlosen». Erst dann beginnt die Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra) mit der Arbeit in ihrer Bildungsstätte, der Escola Nacional Florestan Fernandez im Bundesstaat São Paulo.

Vom 31. August bis 2. September 2011 kamen dort rund 200 AktivistInnen aus sozialen Bewegungen Lateinamerikas zusammen und diskutierten auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Methoden und Zukunft der Educación (oder Educação) Popular. Der vor allem in den 1990er Jahren populäre Ansatz, der sich als Bildung zu sozialer Veränderung versteht, ist für viele Bewegungen heute nicht mehr radikal genug. Das Seminar sollte Impulse geben, sich grundsätzlich über die Ziele der Educación Popular auszutauschen und über Wege zwischen emanzipatorischen Bildungsansätzen und wieder raumgreifenden dogmatischen Ansätzen zu diskutieren.

Nach intensiven, emotionalen Diskussionen formulierten die Teilnehmenden eine Reihe von Aufgaben: Man müsse MultiplikatorInnen schulen, theoretisches Wissen vertiefen, den dogmatischen Marxismus kritisch analysieren, die Möglichkeit zur Partizipation verbessern. Die Angst vor dem Ungedachten müsse überwunden, das Wissen der indigenen Bevölkerung stärker berücksichtigt, die Emanzipation der Frauen vorangetrieben werden. Zudem solle sich die Educación Popular stärker in der politischen Bildung engagieren, außerdem internationalistisch in ganz Lateinamerika aktiv werden. Aber auch ganz praktische Probleme wurden besprochen. Für die Treffen fehlen in vielen Ländern geeignete Räume: Entweder stehen Turnhallen zur Verfügung oder Hotels, beides ungeeignete Orte.

Rund um das Seminar hatte die aus Wilfried Telkämper (Direktor des Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit), Torge Löding (Büroleiter Mexiko) und Anne Rohwedder (Leiterin Personalstab) sowie aus Kathrin Buhl (Büroleiterin in Sao Paulo) und ihren Mitarbeiterinnen bestehende Delegation der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Möglichkeit, mit fast allen PartnerInnen der Stiftung in Brasilien und im Cono Sur zu sprechen. Es beeindruckte, was mit den relativ geringen Mitteln, die die Stiftung hier aufwendet, erreicht wird. Sowohl in der wissenschaftlichen Arbeit als auch bei der Unterstützung der sozialen Bewegungen. Von besonderem Wert sind dabei Kathrin Buhls Einfühlungsvermögen und ihre Sachkenntnis. Die PartnerInnen betrachten sie als Verbündete, das war beim Besuch der Stiftung in São Paulo deutlich zu spüren.

ANNE ROHWEDDER IST LEITERIN DES PERSONALSTABS IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MST Brasilien. Foto: OtherWorlds, Flickr (Creative Commons BY-NC)



EVELIN WITTICH

TEIL DER BILDUNG

WIDER DIE KÜRZUNGEN: GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER PARTEINAHEN STIFTUNGEN

Die Bildung von Bürgerinnen und Bürgern ist ein entscheidender Reichtum einer Gesellschaft. Das bestreitet niemand ernsthaft, weshalb die steigende Finanzierung von Bildung allgemein akzeptiert ist und zu Recht noch viele Defizite beklagt werden.

Politische Bildung hat diesen Stellenwert in der öffentlichen, aber auch in der Wahrnehmung der Haushaltspolitikerinnen und -politiker offenbar nicht. Die Ausgaben für politische Bildung wurden in den vergangenen zehn Jahren immer wieder gekürzt: bei den Landeszentralen für politische Bildung, bei der Bundeszentrale für politische Bildung, bei zahlreichen freien Trägern und auch bei den parteinahen Stiftungen. «Politische Bildung ist Teil der Bildung in Deutschland», das ist eine zentrale Aussage der gemeinsamen Erklärung, die die Vorsitzenden der parteinahen Stiftungen am 12. Juli 2011 dem Innenminister vorstellten. In vier Thesen unterstreichen die Stiftungen in ihrem Papier die Notwendigkeit politischer Bildung für die Gesellschaft. Sie benennen die Bildungsziele, heben die Aufgaben für die Demokratie hervor, lehnen eine politische «Feuerwehrfunktion» ab und stellen die permanente Herausforderung heraus, die politische Bildung zu modernisieren.

Die verschiedenen parteinahen Stiftungen sind nicht wertneutral, sondern repräsentieren den politischen Pluralismus im Parlament. Sie sind Teil der politischen Kultur in diesem Land. Die VerfasserInnen verfolgen mit ihrer Erklärung das Ziel, die politische Bildung in der Bundesrepublik mit der Vielfalt ihrer Träger stärker in die öffentliche Aufmerksamkeit zu bringen. Hintergrund: Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2012 liegt vor und wird im Bundestag debattiert. Die Ankündigung aus dem Bundesinnenministerium, den Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung und damit auch die Fördermittel für die freien Träger erneut zu kürzen, findet sich im Haushaltsentwurf leider wieder. Die politische Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung selbst soll um 2,332 Millionen Euro gekürzt werden, die Zuwendungen an die Träger sind um 1,166 Millionen Euro reduziert. Das heißt, 2012 sollen über 400 Träger und Einrichtungen der politischen Bildung mit 5,122 Millionen Euro auskommen. Zur Erinnerung: Im Jahr 2010 lag der Haushaltsansatz bei 6,8 Millionen Euro.

EVELIN WITTICH IST DIREKTORIN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MURAT CAKIR

BILDUNGSGROSSBAUSTELLE

FORTSCHRITTE EINER PLURALEN LINKEN BILDUNGSARBEIT IN HESSEN

Viel Pionierarbeit und ehrenamtliches Engagement waren beim Aufbau einer linken politischen Bildungsarbeit in Hessen gefragt.

«Als wir 1999 das Rosa-Luxemburg-Forum für Bildung und Analyse e.V. gründeten, konnten wir uns nicht vorstellen, dass dieser Schritt die Grundlage für die Etablierung einer Landesstiftung sein würde», so Dieter Storck. Er ist Vorsitzender des Vereins, der heute als «Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, Forum für Bildung und Analyse e.V.» landesweit bekannt ist. Die Pionierarbeit hat sich gelohnt. Innerhalb weniger Jahre wurden in Gießen, Marburg, Wiesbaden und im Vogelsbergkreis Rosa-Luxemburg-Clubs gegründet, später kam Kassel dazu. Und auch inhaltlich ging es voran: «Wir konnten schrittweise zahlreiche Bildungsangebote unterbreiten und auch mit Veranstaltungsreihen weitere Akteure in die Stiftungsarbeit einbinden», resümiert Dieter Storck.

Heute, zwölf Jahre nach ihrer Gründung, ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen von der Bühne der politischen Bildungsarbeit nicht mehr wegzudenken. Inzwischen gibt es auch einen Club in Offenbach/M. und in Frankfurt/M. ist ein Club in Gründung. Getragen wird die Arbeit von den knapp 30 ehrenamtlichen Clubmitgliedern, die Veranstaltungen organisieren und durchführen und so ein fast flächendeckendes Bildungsangebot geschaffen haben. Dieter Storck beschreibt die erfolgreiche Arbeit so: «Wir versuchen gemeinsam mit unseren Clubs ein vielfältiges Angebot der linken politischen Bildung in Hessen anzubieten und dadurch die Fähigkeit zur Analyse und zum Verstehen der gesellschaftlichen Realitäten zu stärken.»

Die Palette der Themen reicht von Friedens- und Sicherheitspolitik, Zeitgeschichte, Wirtschafts- und Sozialpolitik über Migration, Kommunalpolitik bis hin zu Nachhaltigkeit und Kapitalismuskritik.

Auch neue Maßstäbe wurden in Hessen gesetzt. So werden seit 2010 bilinguale Angebote politischer Bildung entwickelt. «Diese Angebote haben uns geholfen, MigrantInnen neue Zugänge zur politischen Bildung zu eröffnen», sagt Dieter Storck. «Wir werden diesen Ansatz kontinuierlich weiter ausbauen.» Zudem hat sich die Zahl der KooperationspartnerInnen erhöht. Landes- und Kommunalfraktionen, Universitäten und soziale Bewegungen gehören ebenso dazu wie Selbstorganisationen der MigrantInnen, Zusammenschlüsse von GewerkschafterInnen, Verlage, Rosa-Luxemburg-StipendiatInnen und unterschiedliche Akteure der gesellschaftlichen Linken. Dennoch gibt es viel zu tun. Dieter Storck sieht vor allem zwei Herausforderungen für die nächste Zukunft: «Manchmal erscheint die Auswahl der Veranstaltungen etwas beliebig. Daran müssen wir arbeiten. Außerdem geht es darum, die Stiftungsarbeit nachhaltig zu gestalten.»

Eines ist aber offensichtlich: Hessen ist auf einem guten Weg. Die steigenden TeilnehmerInnenzahlen – 2010 erreichte die Stiftung im Land rund 2.400 TeilnehmerInnen (fast dreimal so viele wie 2009) – sowie die Inanspruchnahme der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen als Gesprächspartnerin und Beraterin zeigen das deutlich.

MURAT CAKIR LEITET DAS REGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN FRANKFURT AM MAIN

IM ZWEIFEL FÜR DIE SCHWACHEN

LUTZ KIRSCHNER UND BERT THINIUS ÜBER DIE PROJEKTFÖRDERUNG DER STIFTUNG

Lutz Kirschner und Bert Thinius betreuen das Referat externe Projektförderung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Was bedeutet Projektförderung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung?

Sie ist eine Art Transmissionsinstrument, eine wichtige Verbindung zu unserem gesellschaftspolitischen Umfeld. Über Anträge und Anfragen leiten wir Informationen und Impulse in die Stiftung. Mit der Förderung erschließen wir neue Kooperationsmöglichkeiten, transportieren unsere Werte, unser Image. Wir unterstützen Akteure politischer Bildung bei Vorhaben, die sie ohne unseren finanziellen Beitrag nicht durchführen könnten. Dabei tragen wir meist nur einen Teil der jeweiligen Kosten. Den Rest steuern andere Förderer oder die Akteure selbst bei.

Was kann gefördert werden? Gibt es Richtlinien und Ausschlusskriterien, wie man das bei anderen Fördereinrichtungen kennt?

Wir sind keine Fördereinrichtung. Unsere Mittel haben wir vor allem für die eigene Arbeit und die der Landesstiftungen einzusetzen. Darüber hinaus können wir ausschließlich Projekte im Inland unterstützen. Ausgeschlossen sind wissenschaftliche, kulturelle oder soziale Aktivitäten, die nicht unmittelbar der politischen Bildung dienen, sowie alle Veranstaltungen der Partei DIE LINKE.

Warum das denn? Die politischen Stiftungen unterliegen einem Distanzgebot zu den ihnen nahestehenden Parteien. Das gilt es strikt einzuhalten, um auch den Anschein einer versteckten Parteienfinanzierung zu vermeiden. Keine wissenschaftlichen, keine kulturellen, keine Parteiveranstaltungen.

Was bleibt da übrig? Viel. Das Spektrum geförderter Vorhaben mit politischem Bildungsauftrag reicht von Forschungsprojekten und Veranstaltungen (Seminare, Workshops, Kongresse) über Buch- und Internetpublikationen bis zu Ausstellungen, Dokumentarfilmen und Theater.

Was muss man tun, um von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert zu werden? Der erste Schritt ist ein Antrag mit klarer inhaltlicher Darstellung des Projektes und einem Zeit- und Finanzplan.

Können den nur Vereine und sogenannte juristische Personen stellen? Nein, auch Privatleute, sofern sie ein Vorhaben politischer Bildung planen.

Was passiert zwischen Antragstellung und Förderung? Wenn der Antrag erfasst und formal als förderfähig eingestuft ist, bitten wir die thematisch und regional zuständigen MitarbeiterInnen der Stiftung um ihre inhaltlichen Voten. Auf deren Grundlage entscheidet alle drei Wochen ein achtköpfiges Gremium über die vorliegenden Anträge.

Wie groß ist die Konkurrenz? Meist sind es zwischen 30 und 40 Bewerbungen, manchmal mehr.

Und wie viele davon bekommen Geld? Pro Sitzung können wir etwa 5.000 Euro vergeben, bei Fördersummen zwischen 500 und 1.000 Euro erhalten also jeweils sechs bis sieben Projekte Unterstützung.

Was ist für die Entscheidungen wichtig? Wir möchten unsere beschränkten Mittel möglichst effektiv für die politische Bildung in der linken gesellschaftlichen Grundströmung einsetzen. Vorrangig sind deshalb Vorhaben, die die Arbeit der Stiftung thematisch sinnvoll ergänzen, einen Beitrag zu aktuellen politischen Debatten leisten und neue Zielgruppen erreichen können.

Lässt sich das immer so klar feststellen? Eigentlich schon. Trotzdem fallen die Entscheidungen nicht leicht. Wegen knapper Mittel müssen wir immer auch Anträge ablehnen, die wir inhaltlich wichtig und förderungswürdig finden.

Angenommen, zwei Projekte sind aus eurer Sicht gleich wichtig. Was gibt letztlich den Ausschlag? Die Voten der FachkollegInnen und die Stimmen im Beratungsgremium. Sollten tatsächlich zwei AntragstellerInnen fast Identisches vorhaben, entscheiden wir im Zweifel für den Schwächeren – hoffend, der Stärkere schafft es auch ohne unsere Hilfe.

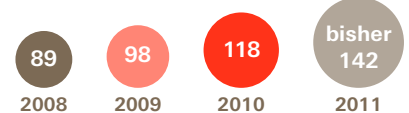
Was passiert nach der Entscheidung? Wir informieren alle. Diejenigen, die wir nicht fördern können, weisen wir nach Möglichkeit auf Kooperations-, Vernetzungs- oder weitere Hilfsmöglichkeiten hin. Mit den anderen vereinbaren wir die Fördermodalitäten. In Werk- oder Kooperationsverträgen werden Termine und Leistungen festgeschrieben. Die Realisierung der Vorhaben wird durch die Projektverantwortlichen der Stiftung begleitet.

Läuft dabei immer alles nach Plan? Inhaltlich läuft es sogar oft besser, kommen zu einer Veranstaltung beispielsweise mehr Gäste als erwartet wurden. Verzögerungen und Säumigkeiten gibt es leider manchmal bei der Abrechnung. Dabei geht es nicht allein ums Geld. Wir möchten die Projektergebnisse ja für unsere politische Bildungsarbeit nutzen. Dafür ist wichtig, dass sie zum vereinbarten Zeitpunkt kommen und nicht irgendwann.

Der Stiftung bringt die Projektförderung also Nutzen? Ja, sicher. Sie erweitert damit ihr Handlungs- und Themenspektrum, erreicht neue Zielgruppen und Regionen, bleibt offen für inhaltliche und methodische Anregungen und Neuerungen. Doch der Nutzen ist gegenseitig. Ohne unsere Unterstützung wären viele Veranstaltungen nicht durchgeführt, Publikationen nicht veröffentlicht und Forschungen nicht realisiert worden. Die Stiftung leistet so ihren Beitrag zur Stabilisierung und Weiterentwicklung einer breiten linken Bildungsszene mit vielen kreativen Akteuren.

DIE FRAGEN STELLTE AXEL KRUMREY

GEFÖRDERTE PROJEKTE



2011 werden u.a. Vorhaben folgender Träger gefördert: AfricAvenir International, Alternatives Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz, Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, attac, BAG Prekäre Lebenslagen, Berliner VVN-BdA, Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge, Flüchtlingsinitiative Berlin/Brandenburg, Friedensglockengesellschaft Berlin, GSFP, Institut für kritische Theorie, Institut für nachhaltige Entwicklung, Jugendbildungs- und Freizeitinitiative Bernau, KAIROS Europa, Komitee für Grundrechte und Demokratie, KulturForum TürkeiDeutschland, Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis, Linksnet, Musik und soziale Bewegungen, Radio Corax, SALZ, SchreibART, südost Europa Kultur, Verein zur Erforschung der sozialen Bewegungen in Wuppertal. Weitere Informationen www.rosalux.de/stiftung/projekte0.html.

NEUERSCHEINUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



MANUSKRIPTE 91

Evelin Wittich, Klaus Meier (Hrsg.)

KRITIK KAPITALISTISCHER NATURANEIGNUNG
THEORETISCHE KONZEPTIONEN UND
PRAKTISCHE HERANGEHENSWEISEN IN VIER
LINKEN ANSÄTZEN

134 S., BROSCHUR, 9,90 EURO, ISBN 978-3-320-02260-0,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Mit diesem Manuskripte-Band möchte der Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Debatte um einen linken, sozialistischen Zugang zum Diskurs um Nachhaltigkeit und einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft befördern.

Die Autoren stellen Herangehensweisen vor, die sowohl auf sozialistische Gesellschaftsstrategien als auch auf politische Handlungsstrategien, praktische Projekte und ihre Bearbeitung in der politischen Bildung gerichtet sind.

Mit Beiträgen von: Kristina Dietz, Stephan Kaufmann, Tadzio Müller, Ulrich Schachtschneider u.a.

MANUSKRIPTE 92

Eva Schäfer, Bärbel Klässner, Helga Adler, Astrid Landero (Hrsg.)

FRAUENAUFBRUCH '89
WAS WIR WOLLTEN – WAS WIR WURDEN
103 S., BROSCHUR, 9,90 EURO, ISBN 978-3-320-02269-3,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

«Zeit. Ein jegliches hat seine Zeit. Die DDR hatte ihre Zeit. Steine sammeln, Steine zerstreuen. Die Tage des friedlichen Umbruchs hatten ihre, wir hatten unsere Zeit. Wir hatten damals, und das sagen wir nun mit Wehmut, noch Zeit füreinander. Wir – Frauen und Männer – haben kaum noch Zeit. Heute aber, an diesem 6. Dezember 2009, nehmen wir sie uns, um gemeinsam dem Thema nachzugehen: Was wir wollten – was wir wurden ... Viele Lebenswege führten zu den Ereignissen im Herbst neunundachtzig, schienen sich dort einen Moment lang zu bündeln, bevor sie sich nun viel weiter als je geahnt verzweigt und vereinzelt haben.»

Bärbel Klässner, Akteurin und Mitherausgeberin

Mit Beiträgen von: Irene Dölling, Ina Merkel, Hildegard Maria Nickel, Walfriede Schmitt u.a.

TEXTE 71

Klaus Kinner (Hrsg.)

LINKE ZWISCHEN DEN ORTHODOXIEN
VON HAVEMANN BIS DUTSCHKE

220 S., BROSCHUR, 14,90 EURO, ISBN 978-3-320-02267-9,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

KPD und DKP einerseits, SPD andererseits trugen in den Westzonen und in der Bundesrepublik lange Jahre das im Kleinen aus, was international im Großen herrschte: einen Kalten Krieg.

Eingeklemmt zwischen beiden Seiten waren jene Linke, die sich weder auf die DDR und das sowjetische Staatssozialismusmodell orientierten, noch sich – wie die Mehrheitssozialdemokratie – von einem emanzipatorischen Politikansatz abwandten. Darunter waren, zumindest anfangs, auch viele SPD-Mitglieder.

Noch schwieriger war es in der DDR für diese Linke. Sie sahen sich mit der SED einer Partei gegenüber, die ihren Alleinvertretungsanspruch mit allen Mitteln – Druck, Ausgrenzung, Berufsverbote, Kriminalisierung und Zuchthaus – durchzusetzen verstand. Das Ende des Staatssozialismus entließ nicht zuletzt diese heimatlose Linke ins Freie – ob allerdings auch in die Zukunft, ist bis heute offen. Nur wenn sie begreift, dass die Linke plural oder überhaupt nicht ist, kann sie Zukunft gewinnen.

LUXEMBURG – GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

HEFT 3/2011: «DEN BETRIEB ÜBERNEHMEN»

160 S., 10 EURO (JAHRESABO 30, ERMÄSSIGT 20 EURO),
ISBN 978-3-89965-858-3, VSA VERLAG HAMBURG

Globale Krise und Krisenpolitik können als Geschichte der Enteignung erzählt werden: Konjunkturprogramme und «Rettungsschirme» haben Mittel für Unternehmen und Banken mobilisiert, die durch Lohnverzicht und Kürzungen der öffentlichen Leistungen eingespielt werden müssen. Rating-Agenturen, «Gläubigerstaaten» und die EU als verallgemeinerte Finanzaufsicht verringern den Spielraum für demokratische Entscheidungen. Dabei könnte die Krise genutzt werden, um gesellschaftliche Teilhabe und Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen. In der argentinischen Krise entstand eine Bewegung an der Basis, die Betriebe besetzt oder weiter-

führt, die geschlossen oder verlagert werden sollten. Auch in den USA ist auf den Ruinen fordistischer Produktionsstätten eine vielfältige Bewegung von Kooperativen und Genossenschaften in Belegschaftseigentum entstanden.

Internationale Erfahrungen können Horizonte öffnen: Fragen der alltäglichen Produktion des Lebens rücken wieder ins Zentrum, machen sie zum Gegenstand demokratischer Fragen: Was wird produziert? Wie wollen wir arbeiten? Wie werden Interessen zwischen Arbeitsplatzertzerhalt und Klimaschutz vermittelt? Wie überschreiten die geteilten Interessen der Wenigen den Horizont des eigenen Betriebs? Transnationale Netzwerke von Kooperativen und Genossenschaften könnten ökonomische Alternativen sein, Perspektiven auf eine solidarische Ökonomie.

Mit Beiträgen von: Heinz Bierbaum, Emily Kawano, Immanuel Ness, Volker Braun, Jessica Nembhard, Tim Hunt, Dario Azzellini, Alex Demirović, John Holloway und Hilary Wainwright, Cornelia Möhring, Vishwas Satgar, Wolfram Adolphi, Christoph Spehr u.a. Weitere Informationen unter www.zeitschrift-luxemburg.de.

LUXEMBURG ARGUMENTE

Stephan Kaufmann, Ingo Stütze

IST DIE GANZE WELT BALD PLEITE?

STAATSVerschuldung: WAS SIE IST UND WIE SIE FUNKTIONIERT.

OKTOBER 2011, 44 S., ZU BESTELLEN BEI: KARIN MALINGRIAUX, MALINGRIAUX@ROSALUX.DE, TEL. 030 44310-123

Die Angst vor dem Bankrott geht um – vor dem Staatsbankrott. «Geht bald die ganze Welt pleite?», fragt die BILD (13.7.2011) in Riesenlettern, und der SPIEGEL (32/2011) titelt «Geht die Welt bankrott?» In einer Umfrage des Magazins Stern von Anfang August 2011 steht die Staatsverschuldung an Nummer Eins der Sorgen der Deutschen. Der Grund: Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg sind es nicht die so genannten Entwicklungsländer, die eine Schuldenkrise erleben, sondern die großen Industriestaaten. In Europa stehen einige Staaten vor der Zahlungsunfähigkeit, die Euro-Zone droht zu zerbrechen, Milliarden werden in ihre Rettung investiert. Auch in den USA wachsen die Staatsschulden in Höhen, die sonst nur nach Kriegen erreicht werden. Die Ratingagentur Standard & Poor's hat daher die Kreditwürdigkeit der US-Regierung heruntergestuft – erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg. Nun haben sich alle Regierungen der Industrieländer vorgenommen, härter zu sparen. Dies trifft vor allem die Armen in Form von Sozialkürzungen – in allen Ländern. Warum ist das eigentlich so? Wo kommen überhaupt die ganzen Schulden her? Warum machen alle Staaten Schulden – obwohl sie allgemein als Übel gelten? Und warum streicht man die Schulden nicht, wenn schon die ganze Welt unter ihnen leidet? Dies sind einige Fragen, die die neue Bildungsbroschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung beantworten will. Die Broschüre nimmt gängige Klischees aus den Medien zum Thema auf, wie beispielsweise der Vergleich mit der schwäbischen Hausfrau, die schließlich auch nicht mehr Geld ausgeben könne, als sie einnimmt, oder den Mythos, dass «unsere» Enkel «unsere» Schulden bezahlen müssen, oder die vorherrschende Meinung, dass «wir» über unsere Verhältnisse gelebt hätten. Indem die Autoren diese Behauptungen dekonstruieren, erklären sie, was das Ziel der staatlichen Verschuldung ist, wie sie funktioniert – und wer von ihr profitiert.

GEFÖRDERTE PUBLIKATION

RICHARD MÜLLER – EINE GESCHICHTE DER NOVEMBERREVOLUTION

NEUAUSGABE DER BÄNDE «VOM KAISERREICH ZUR REPUBLIK», «DIE NOVEMBERREVOLUTION», «DER BÜRGERKRIEG IN DEUTSCHLAND» IN EINEM BUCH 756 S., 19,95 EURO, ISBN 978-3000354007, DIE BUCHMACHEREI

Ein Aktivist der Novemberrevolution von 1918 erzählt – über seinen Weg von der Fabrikhalle auf die Straße bis an die Spitze der Revolutionsregierung. Richard Müller verlangte weder sozialen Kapitalismus noch den Einparteiensstaat. Wie Hunderttausende kämpfte er für eine wirtschaftliche Demokratie auf Basis von Betriebsräten, in der die Arbeitenden selbst über Produktion und Politik entscheiden würden. Müller beschreibt, wie sich aus einer gewerkschaftlichen Friedensbewegung eine Revolution entwickelte – und scheiterte. Seine erstmals 1924 erschienenen Bände inspirierten Historiker wie Sebastian Haffner und Literaten wie Theodor Plivier, sie sind Standardwerk und Geheimtipp zugleich. Mit der vorliegenden Neuausgabe sind sie erstmals in einem Band versammelt.

AUS DEM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Wladislaw Hedeler (Hrsg.)

JOSSIF STALIN ODER: REVOLUTION ALS VERBRECHEN

144 S., 9 ABB., BROSCHUR, 8,90 EURO, ISBN 978-3-320-02266-2, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Kaum ein Mensch hat das 20. Jahrhundert so geprägt wie Jossif Stalin. Seine Opfer verfluchten unter der Folter den Tag seiner Geburt, seine Anhänger glaubten sich heldenhaft, wenn sie mit seinem Namen auf den Lippen fielen. Stalin war der illegitime Erbe der russischen Revolution des Jahres 1917. Ab 1922 als Generalsekretär für die Organisation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zuständig, riß er binnen weniger Jahre alle Macht an sich. Das gelang ihm nicht zuletzt, weil die führenden Revolutionäre auf den halbgebildeten Georgier – der vierschrötig und mit schlechten Manieren daherkam – herabsahen und ihn deshalb unterschätzten. Am Ende hat er alle ausgelöscht. Gerade seine «Einfachheit» und «Volkstümlichkeit» waren es, die es Stalin gestatteten, sich als der geradlinige «Große Steuermann» zu inszenieren – eine Strategie, die in einem obrigkeitgläubigen Bauermland wie dem riesigen russischen Reich verding. Noch heute wird der Massenmörder von nicht wenigen Menschen verehrt – überall auf der Welt.

IMPRESSUM

ROSALUX — Das Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Erscheint vierteljährlich. Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. · Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin · Telefon 030 44310-130, Fax -122, www.rosalux.de · Redaktion: H. Adler, Jan Ole Arps, M. Blanke, L. Brangsch, E. Heil, H. Heine, R. Hering, A. Krumrey, S. Kühne, S. Nuss (V.i.S.d.P.), P. Ostholt, D. Riethmüller, M. Schüttrumpf, P. Stary, Stefan Thimmel · Redaktionsschluss: 7. Oktober 2011 · Titelfoto: Li Wei: «Noah's Ark» 2011, Beijing Layout: umbra-dor – visuelle kommunikation · Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage: 5.000 Stück auf 100 g Soporset, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichtem Zellstoff · Bestellungen: Karin Malingriaux, Telefon 030 44310-123, Fax -122, malingriaux@rosalux.de · Printed in Germany, November 2011 · ISSN 1864-6794

«Das europäische Grenzregime steckt in seiner bisher größten Krise. Ob wir von den Löchern in der EU-Südgrenze sprechen, die im Zuge der arabischen Revolutionen entstanden sind, oder von den Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten: Die aktuellen Entwicklungen rund ums Mittelmeer sind eng mit der Krise des Kapitalismus verwoben. Wirtschaftskrisen gehen immer mit einer Umstrukturierung der Grenz- und Migrationsregime einher. Doch keine der großen Krisen des Kapitalismus hat je die Migration gestoppt.»

VASSILIS S. TSIANOS